Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Oktober 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt | Nr. 123

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Vom Gutenbergbund und seinen Hintermännern. — Für Maschinensetzeranfänger.

Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Romanische Schweiz. — Holland. — Großbritannien. — Rußland. — Amerika.

Korrespondenzen: Bamberg. — Barmen. — Berlin. — Breslau. — Brieg. — Bruchsal. — Frankfurt a. M. (M.-S.). — Gelsenkirchen. — Goch (Rhld.). — Hannover. — Kassel (M.-S.). — Leipzig (M.-N.). — Meißen. — Melle. — Neustadt a. Hdt. — Weiden (Oberpfalz). — Zwickau.

Rundschau: Meisterprüfungen. — Geschäft und Religion. — Konkurs. — Krankenkassen und Ärzte in Breslau. — Krankenkassenwahl in Hildburghausen. — Versicherungsüberschüsse. — Wie Bergleute sterben. — Folgen des belgischen Generalstreiks.

Vom Gutenbergbund und seinen Hintermännern

Auf einer Konferenz von Gehilfenfunktionären wurde nicht zu Unrecht gesagt, es sei nicht mehr von Hinter-, sondern von Vordermännern zu reden, die des Gutenbergbundes saubere Geschäfte betreiben. Genau betrachtet, kann aber doch noch unterschieden werden zwischen Vorder- und zwischen Hintermännern. Mancher selbst von den enragierten Gutenbergbundfreunden hält sich im Hintergrunde, sein Wirken für diesen Ausbund von Christlichkeit ist so vielleicht nachhaltiger. Auch diejenigen katholischen Geistlichen, die ihr Priesteramt mit der Tätigkeit eines Gewerkschaftsagitators verwechseln, und zwar, wie wir einstweilen nur andeuten wollen, in einer verschiedentlich mit ihrer Würde schlechthin unvereinbaren Weise, sind zu den Hintermännern zu zählen. Dann ein Teil von jenen Prinzipalen, deren Zuneigung für den Gutenbergbund außer allem Zweifel steht, die aber doch nicht so couragiert sind, die ihnen durch den Tarif auferlegte Neutralität zu verletzen. Andre wieder stören sich daran nicht mehr. Zu den Vordermännern gehören jedoch die Prinzipalskreise, die wie der Gutenbergbund die Tarifgemeinschaft zum Gegenstand ihrer destruktiven Tendenzen machen. Die Gewerkschaftschristen sind natürlich die offenherzigsten Preisfechter für den einst von ihnen wie das Scheusal in der Wolfsschlucht behandelten Gutenbergbund. Summasummarum: Vorspanndienste werden dem armen geknechteten und entrechteten Tugendbund in überreichem Maße geleistet.

Wir wollen auf diese Liebesdienste erst einige Streiflichter werfen, die Hinter- resp. Vordermänner in ihrem bundesgefälligen Werke dabei mit einzelnen Strichen aus dem uns zur Verfügung stehenden sehr reichlichen Materiale charakterisieren, auch von der christlichen Gesinnung der patenten Bundeschristen ein paar Proben geben. Dann wollen wir an neueren Vorgängen zeigen, daß des Gutenbergbundes Tun und das Wirken für ihn allgemach Formen annimmt, wo man nicht mehr weiß, ist der ausgehaltene oder der aushaltende Teil mit dem größeren Manko an normalem Moralempfinden belastet.

Man kann ein weites Gewissen sogar in der Richtung haben, daß nun einmal der Zweck die angewandten Mittel heiligt; aber auch hier gibt es eine Grenze, wo dieser unschöne Grundsatz für sich ein Ende heischt und dann der Abscheu beginnt. Jedenfalls ist es ein Satyrspiel, daß aus einem Kadaver für so viel ungesunde Lebensregungen die nötige Energie gesammelt wird. Dabei noch das religiöse Moment solchermaßen traktiert zu sehen, kann auch einen Stockheiden jammern.

Wir beabsichtigen keine großen Auseinandersetzungen mit dem Bundesorgane. Das Papier dieser Leute ist zu geduldig. Aber eine kleine Auslese aus der bündlerischen Praxis ist wieder einmal geboten. Es wird das auch Reflexe auf unsern Prinzipalsbalkan zulassen, die zum Teil direkt blamabel sind. Ob das Reinlichkeitsempfinden aber dadurch gesteigert wird, lassen wir für die Protektoren wie für die Protegés offen.

*

Das Denunziationsgeschäft wird für den Gutenbergbund in einer Weise fortgesetzt, die die Hintermänner desselben als Meister in Terrorismuspraktiken erkennen läßt. Aus dem „verseuchten Westen" sind uns Mitteilungen geworden, wonach diese für die Verhältniswahl so begeisterten Musterchristen die Krankenkassenwahlen zum Anlasse nahmen, das von ihnen geprägte Wort „Erst rot, dann Brot" in einer Variation, auf die sich nicht so gut ein Reim schmieden läßt, nicht bloß in der Einbildung, sondern an nachweisbaren Tatsachen als zu Recht bestehend erscheinen zu lassen. Die Namen der solchen Terrorismus zur höheren Ehre des unehrenvollen Gutenbergbundes mitmachenden Druckereien wollen wir einstweilen nicht nennen; das wird aber geschehen, wenn unsre Behauptungen angefochten werden sollten.

Bei den in Bochum und Herne stattgehabten Krankenkassenwahlen trat das heimliche Wirken der „christlichen" Führer für den Gutenbergbund in auffälliger Weise in die Erscheinung. Die von den „Christen" mit Druckaufträgen bedachten Druckereien erhielten einen Wink mit dem Zaunpfahl, daß eine Anzahl Gehilfen bei der Krankenkassenwahl auf der Liste der freien Gewerkschaften als Kandidaten figuriere, was nicht mit den Prinzipien des Geschäfts im Einklange stehe. So wurde in einer Bochumer Zeitungsdruckerei der Vertrauensmann über dies „frivole" Gebaren der Verbandsmitglieder zur Rede gestellt und ihm bedeutet, daß bei solchen öffentlichen Angelegenheiten unbedingt Rücksicht auf das Geschäft genommen werden müsse — andernfalls man Gutenbergbündler einstellen werde. Bei einer Firma in Herne mußte sich der Vertrauensmann wegen seiner Kandidatur ebenfalls verantworten, ja, ein andrer Kollege wurde deswegen sogar mit der Kündigung bedacht, die freilich später, wohl infolge besserer Erkenntnis, wieder rückgängig gemacht wurde. Eine andre Firma dort präsentierte ihren Gehilfen das von „christlicher" Seite eingegangene Schreiben und verbat sich ebenfalls, bei der Krankenkassenwahl für die freien Gewerkschaften zu kandidieren. In diesem den betreffenden Herner und vielleicht auch Bochumer Prinzipalen zugegangenen Schreiben wurde unverblümt die Entlassung der Sünder verlangt resp. die Geschäftsfreundschaft aufgesagt! Es bedarf wohl nur der Feststellung des nackten Tatbestandes, um die Christlichkeit dieser „Christen" zu brandmarken. Es hält eben schwer, den Gutenbergbund einzuschmuggeln, da muß man zu solchen brutalen Gewaltmitteln seine Zuflucht nehmen.

Die der Firma Dr. Scharmitzel in Köln, bei der Felder eine ähnliche Terrorismusaktion in Bewegung setzte, vom Tarifausschuß erteilte Lehre hat also im Kreise II nicht vorgehalten. „Mä sin mä", wie der Kasseler von sich sagt, ist dort Trumpf. Man entrüstet sich in Rheinland-Westfalen über andre, macht aber selbst zur Wahrheit, was diesen andern angedichtet wird. Sogar Briefkastennotizen des „Korr.", die ihrem Inhalte nach gar nicht in Zweifel gestellt werden können, auch nach ganz andern Orten bestimmt sind, legt man gewaltsam aus von den Bundeschristen und denunziert dann drauflos bei Prinzipalen. In Nr. 110 brachte der „Korr." aus Bielefeld eine Charakterisierung eines solchen Denunziationshelden, der ohne jedweden Anlaß und begründete Ursache einen Kollegen bei der Geschäftsleitung verdächtigte und der Entlassung überlieferte, selbst aber dann im Gutenbergbund Obdach suchte und fand. Darauf wie auf den Artikel des Kollegen Albrecht in der gleichen Nummer, der bündlerische Verdächtigungen und Verleumdungen gleich in größerem Umfang illustrierte, wie auf die in Nr. 120 beleuchteten bündlerischen Denunziationspraktiken in Waltershausen und auf so vieles andre in gleicher Richtung findet der „Typ." nie Worte zur Erwiderung. Was ihn jedoch nicht abhält, vom „Korr." zu sagen, er könne nichts widerlegen. Ein aus seiner Stellung ebenfalls vom Bunde hinausterrorisierter Kollege sandte uns unlängst auch einen niedlichen Beitrag über seine mit der „Christlichkeit" der Bündler gemachten Erfahrungen.

Wo bleibt da die Entrüstung der Prinzipale in Rheinland-Westfalen? Muß da nicht die Meinung aufkommen, daß ein Teil von ihnen in moralisch wahrlich nicht erhebender Weise geradezu herausfordernd mit zweierlei Maß mißt?

*

Für die Tariftreue des Gutenbergbundes charakteristisch und für die ihm zugetanen Druckereien zum Teil bezeichnend ist eine Richtigstellung der Firma B. Steins („Sieg-Rheinisches Volksblatt") in Siegen, die uns vor einiger Zeit zuging und die wir im Auszuge folgen lassen:

Sie sagen, daß meine Offizin nicht im Tarifverzeichnisse stehe und ziehen daraus den Schluß, als ob andre nicht im Buchdruckerverband organisierte Buchdrucker weniger tariftreu seien wie Ihre Anhänger.

Dazu ist zu bemerken, daß nicht nur mein Vorgänger, sondern auch ich tarifliche Verhältnisse habe. Wenn das Tarifverzeichnis eine Lücke hat — vielleicht eine absichtliche —, so darf ich Sie versichern, daß dies nicht meine Schuld, auch nicht Schuld meiner Angestellten ist. Ich habe schon früher eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß ich den Tarif als Grundlage der Bewertung der Leistungen betrachte, danach die Arbeitsverhältnisse einrichte und Löhne zahle. Auffallend ist es, daß Sie gegen die hier beschäftigten Gutenbergbündler zu Felde ziehen; dieselben Vorwürfe hätten Sie aber auch gegen Ihre eignen Anhänger richten können, die bis vor kurzem hier arbeiteten und gern wiederkommen würden.

An kompetenter Stelle eingezogene Erkundigungen stellen der Firma Steins wie den bei ihr beschäftigten Bündlern ein in tariflicher Beziehung nichts weniger als günstiges Zeugnis aus. Es wird uns nämlich mitgeteilt:

Zu dem Schreiben der Firma B. Steins in Siegen ist zu bemerken, daß allerdings bis Anfang dieses Jahrs ein Verbandsmitglied bei der Firma beschäftigt war, da wir der Auffassung gewesen, daß die Firma tatsächlich, wie sie dem seinerzeit vorstellig werdenden Siegener Vorsitzenden erklärte, den Tarif anerkannt habe. Unter dem Vorgänger Steins war der Tarif schriftlich anerkannt, und von dieser Zeit her war der Kollege dort auch beschäftigt. Da nun die Firma nicht im Tarifverzeichnis enthalten, Nachforschungen sowohl bei der Prinzipalsvertretung als auch beim Tarifamt ergaben, daß eine Anerkennung nicht vorlag, wurde der Siegener Vorsitzende veranlaßt, bei der Firma zwecks Anerkennung vorstellig zu werden. Wie Kollege Maubach noch unter dem 12. September d. J. mitteilte, sei er seinerzeit dieser Anweisung nachgekommen und bei Steins vorstellig geworden, der ihm jedoch erklärte, den Tarif unterschriftlich anerkannt zu haben. Auf die Bitte Maubachs, eine neue Anerkennung auszufüllen, erklärte Steins: Wenn die Tintenkulis des Tarifamts diese verbummelt, sollten sie sehen, wo sie eine andre herbekämen!

Da nun in letzter Zeit wiederholt Anfragen von Kollegen an uns ergingen, ob sie bei genannter Firma Stellung annehmen könnten, was mit Rücksicht auf die Nichtanerkennung des Tarifs verneint wurde, wurden nochmals Nachforschungen angestellt, ob vielleicht bei der Prinzipalsvertretung des Kreises II die Anerkennung eingegangen sei, was aber auch verneint wurde. Auf unsre Veranlassung hat sich der Prinzipalsvertreter des Kreises II, Herr Dr. Heimann, mehrmals an die Firma wegen der Anerkennung gewandt, aber keine Antwort erhalten, so daß nur anzunehmen ist, daß die Angaben der Firma, sie habe seinerzeit die Anerkennung gegeben, plumper Schwindel sind, da sie sonst sich nicht so sträuben würde, eine neue Anerkennungskarte auszufüllen.

Ein von Bingen aus anfragender Kollege erhielt von uns die Mitteilung, daß die Firma nicht tariftreu sei und er dort nicht eintreten dürfe. Der Kollege hatte aber, da er angenommen, daß es sich um die tariftreue Westdeutsche Druckerei handle, die Stellung angenommen und war schon abgereist, ehe er unsre Antwort erhielt. Sobald der Kollege Kenntnis erhielt, daß die Firma nicht tariftreu sei, wurde er vorstellig und machte die Firma darauf aufmerksam, daß er als Verbandsmitglied nur in tariftreuen Betrieben arbeiten dürfe, worauf Steins sich mit dem sofortigen Aufhören des Kollegen einverstanden erklärte, da er mit dem Verbande nichts zu tun haben wolle. Hieraus ist klar zu ersehen, was es mit den Behauptungen des Prinzipals Steins auf sich hat, daß Verbandsmitglieder gern wiederkommen möchten. Für die Tariftreue der Bündler ist es aber kenn-

zeichnend, daß sie auch heute noch in dem Betriebe tätig sind, obwohl die Firma die wiederholten Aufforderungen des Prinzipalsvertreters unbeachtet gelassen hat. Wenn Steins weiter behauptet, daß es nicht seine Schuld sei, wenn das Tarifverzeichnis eine Lücke aufweise, so ist das eine faule Ausrede, da er diese Lücke ja hätte ausfüllen können durch Anerkennung des Tarifs, dessen Anerkennung wiederholt gefordert wurde.

Das ist wieder einmal ein Loblied der bündlerischen Tariftreue. Sie hat sich auch jetzt, wo der Gutenbergbund durch die Macht der Verhältnisse in puncto Tarif etwas stubenreiner geworden ist, schon so häufig als recht zweifelhaft erwiesen. Der vorerwähnte Albrechtsche Artikel liefert dafür ja auch mehrfach Anhaltepunkte. Und wenn erst überall hineingeleuchtet werden könnte, wo der Gutenbergbund allein „herrschend“ ist?!

*

Die christliche Gesinnung des Gutenbergbundes ist für im Besitze von Prinzipalen katholischer Konfession befindliche Druckereien häufig maßgebend für die der „christlichen“ Buchdruckerorganisation zugewandte Förderung. Aber wie der Fall „Heimlich“ gezeigt, umfaßt der Bund Christen und Antichristen mit gleicher Liebe. Die Christlichkeit der Bündler jedoch haben wir schon mehrfach anschaulich schildern können. Jetzt ist uns wieder ein hübscher Fall dazu bekannt geworden.

Vor einigen Monaten wurde der bündlerische Faktor der Thomas-Druckerei zu Kempen (Rh.) wegen seiner hervorragenden technischen Tüchtigkeit entlassen. Dieser Herr hatte die Geschäftswohnung der Thomas-Druckerei inne. Am Tage nach seinem Wegzuge fand man in dieser Wohnung folgende, an die Wand genagelte „Inschrift“:

Schwarze Seelen!
Nehmt das Hackbeil nun zur Hand,
Ziehl damit durchs Kemp'ner Land.
Predigt Buße, tut's selber auch,
Denn das ist Geschäftes Brauch.
Hackt schnell eure Sünden ab,
Damit nicht jeder sieht den Klapp,
Denn schwarz sieht's aus in eurer Seele,
Ich möcht dies Buch euch nur empfehlen!
Schwarze Seelen!

Hierunter hing ein leibhaftiges großes Beil.

Die Thomas-Druckerei ist eine Aktiengesellschaft, an der katholische Geistliche hervorragend beteiligt sind. Der „Typ.“, dessen Redakteur ein Zentrumsmann von der unleidlichsten Ausgabe ist, hatte es auf seiner jüngsten Schwindelkournee — bei moralisch Einwandfreieren spricht man von Vortragstour — speziell auf die Anwesenheit und den Beifall der katholischen Geistlichkeit abgesehen. Wir fühlen uns frei von jeder Voreingenommenheit gegen die Vertreter dieses Glaubensbekenntnisses, müssen aber sagen, daß die Treffersche Anschmiererei auf weniger gebildete Menschen manchmal wohl einen andern, richtigeren Eindruck gemacht haben würde. Da im „Typ.“ jedes Stäubchen zu einer gegen das christliche Empfinden rollenden Lawine gemacht und auf die in katholischen Arbeitervereinen befindlichen Buchdrucker ein Druck ausgeübt wird, der von Terrorismus so wenig zu unterscheiden ist wie ein Huhn von einer Henne, so ist die und in ähnlichen Momentbildern früher schon gezeigte wahre „Christlichkeit“ in Bundeskreisen jedenfalls eine Gelegenheit zum Nachdenken für die Propagandisten des Bundes aus dem geistlichen Stande. Auch die blindeste Wohltätigkeit merkt es schließlich, wenn sie von den Unwürdigsten dauernd gerupft wird. Der Kempener bündlerische Faktor ist jedenfalls ein untrügliches Beweisstück für die im Bunde herrschende Pseudochristlichkeit. Ach, wenn man die Bundesdächer abdecken könnte — — —

(Schluß folgt.)

Für Maschinensetzeranfänger

Der Artikel „Gedanken eines Maschinensetzers“ in Nr. 115 war wohl vielen Kollegen aus dem Herzen gesprochen, während anderseits den Vielen, die sich noch der Maschine zuwenden wollen, gezeigt wurde, wie schwer es ist, unter den heutigen Verhältnissen durchzukommen.

Mit der Berufung auf mehrjährige Praxis haben bis jetzt die wenigsten Anfänger Glück gehabt. Es rächt sich eben alles von selbst, und die Blamierten sitzen dann oft sehr rasch wieder auf dem Pflaster. Natürlich sind die „eisernen“ Kollegen mit vieljähriger Praxis auch nicht als solche geboren, doch lagen die Verhältnisse vor zehn und fünf Jahren noch ganz anders. Heute ist bereits ein Überangebot an Maschinensetzern vorhanden.

Im nachstehenden möchte ich nun — und es läge sicher im Interesse aller, wenn sich viele des Beispiels bedienen würden — die Umstände anführen, unter welchen ich meine erste Kondition in einer nordischen Residenzstadt antrat. Das sogenannte Wanderfieber riß mich vor vier Jahren aus meiner Stellung, in welcher ich sechs Wochen an der Linotype tätig war. Auf ein Inserat im „Klimschschen“ als Anfänger bekam ich verschiedene Offerten und durch einen glücklichen Zufall erhielt ich Kondition in jener Stadt. In meinem Schreiben machte ich ausdrücklich auf meine kurze „Praxis“ aufmerksam, betonte es bei meiner Vorstellung nochmals und zu meiner Überraschung drückte der Chef über diese Ehrlichkeit seine Anerkennung aus. Das gab mir schon Mut und dank der Bereitwilligkeit erfahrener Kollegen sowie der Rücksichtnahme des Prinzipals gelang es mir, mit durchzukommen. Heute erinnere ich mich gern dieser Stellung.

Indessen hat es nicht immer so geklappt, und das folgende Beispiel soll kurz dartun, in welchem Zustande sich mitunter die „Karren“ befinden. Es handelt sich um eine Offizin im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, wo die Deckel der oberen Magazinplatte mit Streichhölzern abgesteckt waren, um die Parallele zu den Kanälen herzustellen, damit ein Durchgleiten der Matrizen möglich war. Man gewöhnt sich schließlich an alles, wie hätte ich aber als Anfänger dagestanden, wenn ich mich mit mehrjähriger Praxis empfohlen hätte . . . .

S. K.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Karl Höger ist tot! Wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel traf uns die Kunde von dem unerwarteten Heimgange des wegen seiner Verdienste um die Organisation unsrer österreichischen Kollegen eben noch so außergewöhnlich und mit Recht Gefeierten. Kaum hatte sich Kollege Höger von einem bösen Leiden erholt, das den wetterfesten Körper überfiel, da wurde er vor wenigen Tagen von neuem aufs Krankenlager geworfen, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Trauernd steht die Kollegenschaft Österreichs nun an der Bahre eines ihrer Besten. Er ist von ihr gegangen zu einer Zeit, wo sie seines klugen Rates, der einer reichen Erfahrung im Dienste der Organisation entsprang, notwendiger denn je bedurfte. Ein Stück österreichischer Organisationsgeschichte sank mit Karl Höger dahin, fand einen plötzlichen Abschluß, und obwohl der Verstorbene 40 Jahre hindurch der kollegialen Sache unentwegt die Treue gehalten, starb er doch zu früh, denn von seiner ungebrochenen geistigen Frische durften die Kollegen Österreichs noch manches für sie Ersprießliche erhoffen. Wer von ihnen mochte ahnen, daß die große Freude, die alle empfanden, als sie ihrem erprobten Führer an seinem Jubiläumstag ein von Herzen kommendes Dankeszeichen überreichen konnten, so schnell dem Schmerze weichen mußte! Zu dem in der Vorwoche zu Ende gegangenen österreichischen Gewerkschaftskongresse hat der Dahingeschiedene zum letzten Male gesprochen. Neben herzlichen Dankesworten für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen waren es, wie so oft, anfeuernde Worte zu fernerem Wirken, eine eindringliche Mahnung, getreulich zusammenzustehen, die Zeit zu nützen und zu rüsten, die Höger an die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Österreichs richtete. Wie sein Wirken im Interesse der Gewerkschaftsbewegung einst begann, so sollte es abschließen. An dem Verluste, der die österreichischen Buchdruckergehilfen am 17. Oktober betroffen, nehmen die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker lebhaften Anteil. Auch sie werden dem für die Ausbreitung des Organisationsgedankens in Wort und Schrift hervorragend tätig gewesenen Kollegen Karl Höger ein ehrendes Gedächtnis über Grab und Zeit hinaus bewahren.

Romanische Schweiz. Sechs Monate sind bereits ins Land gegangen, seit der romanische Verband, der Benjamin unter den Verbänden der internationalen Buchdruckerfamilie, eine Errungenschaft seiner größeren Brüder ebenfalls eingeführt hat — eine Tarifgemeinschaft. Von dem Moment, in welchem das erstemal der Gedanke an die Einführung einer Tarifgemeinschaft im Verbandsorgan auftauchte, bis zur tatsächlichen Einführung liegt eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne. Das kommt einesteils daher, daß dieser Gedanke — gewollt oder ungewollt — kurz vor der Tarifrevision auftauchte, anderenteils, daß sich der romanische Verband die Erfahrungen der deutschsprechenden Verbände zunutze machen konnte. Trotz diesem nicht zu unterschätzenden Vorteile hat die sechsmonatige Probezeit so manches Hindernis und manche Schwierigkeit in der glatten Abwicklung der Geschäfte der neuen Tarifgemeinschaft gezeitigt, was ja ohne weiteres verständlich bei einer solchen Umwandlung der Vereinbarungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse. Das Tarifamt hat seinen Sitz in Lausanne (Case gare 20444) und hat in seiner kurzen Lebenszeit ein Viertelhundert Entscheidungen getroffen. Freilich ist es ihm nicht gelungen, alle zufriedenzustellen. Der einen Sektion dauert es zu lange bis eine Entscheidung getroffen wird, die andre glaubt, die Entscheidung wäre nicht mit dem Tarif in Einklang zu bringen, eine dritte kennt nicht den Instanzenweg, ja es fehlt wohl auch nicht an den Kollegen, die an der Ehrlichkeit ihrer Vertreter im Tarifamte zweifeln und nur Prinzipalsinteressen durch sie vertreten sehen. Überblickt man jedoch die Sache unparteiisch, so muß man sagen, daß ein hübsches Stück Arbeit geleistet wurde. Auch mit dem neuen Tarife, der eigentlich nicht von der Tarifgemeinschaft getrennt werden kann, ist man zufrieden, vor allem trifft dies zu auf den finanziellen Teil, welch letzterer besonders die Provinzregionen begünstige. Es hat sich auch hier, nachdem sich die ersten Wogen der Erregtheit gelegt hatten, die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß man mit dem neuen Tarif ebensogut wie mit der neuen Tarifgemeinschaft einen beträchtlichen Schritt nach vorwärts getan hatte, zum Wohle der Gesamtkollegenschaft. Es wurde schon früher berichtet, daß es mit Hilfe der jungen Tarifgemeinschaft gelang, die unrühmliche Geschichte des jahrelangen Boykotts der „Tribune de Genève“ aus der Welt zu schaffen. Es hatte sich dabei gezeigt, daß man mit der Tarifpolitik auch positive Erfolge erringen kann, selbst noch da, wo man jahrelang mit allen möglichen Radikalmitteln ergebnislos operiert hatte. Die Einführung des neuen Tarifs wie auch der Übergang zur Tarifgemeinschaft gingen, nach den Berichten aus allen Teilen des Verbandsgebiets, glatt vonstatten. Gewiß wird sich das Tarifamt, wenn es etwas mehr Erfahrung gesammelt hat, das Vertrauen der Kollegen erringen und damit auch die Anerkennung für seine Arbeit.

Damit sich nun nicht alles ohne Hindernisse abwickelt, weigert sich jetzt die Genfer Sektion des Verbandes resp. der Teil ihrer Mitglieder, der unter allen möglichen Vorwänden die Tarifgemeinschaft von allem Anfang an bekämpfte, und zwar wohl aus dem Grunde, weil sie eben nicht jener „Genfer Richtung“ paßt, Delegierte zu der gemischten Bezirkskommission zu wählen. Das Tarifamt hat das Verbandsgebiet in sieben Bezirke (Kreise) eingeteilt, von welchen jeder eine Kommission von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern wählt. Genf begründet sein Verhalten damit, daß man seinerzeit eine zu kurze Frist zum Studium des Tarifs gewährt habe, und daß dieser Bestimmungen enthalte, die unvereinbar mit dem Gewerkschaftsstandpunkt eines Teils der Genfer Kollegen seien. Vier Versammlungen beschäftigten sich mit dem gleichen Thema, zu der letzten hatte das Zentralkomitee zwei Vertreter entsandt; das Resultat war leider auch dann wieder, daß mit 71 gegen 69 Stimmen eine Beteiligung an der Wahl abgelehnt wurde. Dieses Verhalten geht nun doch dem Zentralkomitee zu weit, um so mehr, da sich früher die Sektion verpflichtet hatte, sich der Mehrheit zu fügen und den neuen Tarif mit einigen Reserven anzuerkennen. In der Nummer vom 16. Oktober veröffentlicht das Zentralkomitee im Verbandsorgan eine große Bekanntmachung, in der es auf das Treiben der Sektion hinweist, das geeignet ist, den ganzen Verband in Mißkredit zu bringen gegenüber der Prinzipalität, die längst ihre Vertreter in die gemischten Kommissionen gewählt hat. Das Zentralkomitee will nun nicht länger dieses Treiben mit ansehen und ruft zum 26. Oktober eine Delegiertenkonferenz ein, die darüber zu entscheiden hat, ob das Verhalten der Genfer Sektion mit den Verbandsinteressen und -prinzipien vereinbar ist. Der Konferenz wird eine Tagesordnung unterbreitet werden, die klipp und klar besagt, daß die Genfer Sektion gezwungen werden soll, sich dem Mehrheitsbeschlusse zu fügen oder zu demissionieren. Bedauerlich ist, daß die Hälfte der betreffenden Sektion nicht in den Versammlungen erscheint. Man darf nun gespannt sein, welchen Beschluß die Konferenz am 26. Oktober fassen wird. Der energische Schritt des Zentralkomitees war vonnöten, wenn der ganze Verband nicht sein Ansehen als Tarifkontrahent verlieren soll. Bemerkenswert war auch das Verhalten des Zentralkomitees gegenüber den Protestlern, die dem Verbande den Rücken gekehrt hatten. Der allseits erwartete Rückruf auf der Generalversammlung ist nämlich ausgeblieben, und somit haben die Protestler die Konsequenzen des voreiligen Austritts selbst zu tragen.

Holland. Nachdem auf der letzten Jahresversammlung des Allgemeinen Typographenbundes beschlossen worden war, einen dritten Verbandsbeamten für die Verwaltung anzustellen, hat die hierzu nötige Urabstimmung jetzt stattgefunden. Zwei Kandidaten waren aufgestellt. Von den 3038 abgegebenen gültigen Stimmen fielen auf van Straten (Amsterdam) 2206 Stimmen; er ist somit gewählt. Die Mitgliedschaft des Verbandes beträgt augenblicklich 4172 ordentliche und 1166 Aspirantenmitglieder.

Großbritannien. Die Firma Siegle & Sons ist durch die Machinationen des Faktors Knülle nun endgültig als für den Verband verloren zu betrachten. Der Vorstand der Londoner Setzergesellschaft konnte seine Wünsche nicht gutheißen, die darin bestanden, die beiden Typographsetzer mit 45 Schill. Minimum zu entlohnen und deren Arbeitszeit von 6 bis 2 und von 2 bis 10 Uhr zu legen. Nach dem Tarife gilt die Zeit vor 8 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends als Überzeit, die zu bezahlen die Firma sich weigerte. Einem deutschen „Kollegen“, der nach Ausbruch des Streiks noch 14 Tage weiter pinnte, sich aber schließlich erweichen ließ, ist jetzt auch jegliche Unterstützung vom Verband entzogen worden, weil er einerseits dem Verbande die Auswanderungsunterstützung schuldet, die er laut Statut zurückzuzahlen hat, falls er innerhalb eines Jahrs zurückkommt, und weil er anderseits nicht begehrenswert ist. Seine zeitweiligen Gastspiele in Deutschland geben Veranlassung, zu wünschen, daß der deutsche Verbandsvorstand sich seiner gelegentlich annehme. In der letzten Delegiertenversammlung wurde einem Mitgliede für zwölf Monate die Unterstützung entzogen, weil er außer vieler Umzugskostenunterstützung schon 400 Pfd. Sterl. Arbeitslosenunterstützung bezogen hatte.

Die schottischen Buchdrucker ersuchten die Prinzipale um Festsetzung eines Minimums von 37 Schill. Die Prinzipale wiesen die Forderung zurück, bis die Delegiertenversammlung des schottischen Verbandes sich für die beschlossenen gegenseitigen Abmachungen entschieden hat. Die Glasgower Gehilfen haben gleichfalls Forderungen gestellt, und zwar ein Minimum von 40 Schill. für 48 Stunden. Auch dieses wurde von den Prinzipalen abgewiesen wegen desselben Grundes. Die Gehilfen sind aber entschlossen, „obgleich sie durchaus nicht wünschen, zu extremen Maßregeln zu greifen“, ihre Forderungen zu verwirklichen. Nach längeren Verhandlungen haben die Gehilfen in Durham ihr Minimum von 30 auf 31 Schill. und für das nächste Jahr auf 32 Schill. erhöht. In Oldham ist das Minimum von 34 auf 36 Schill. gestiegen, welches am 1. Januar 1914 um 6 Pence erhöht wird. In Carlisle kamen die Prinzipale einstimmig zu der Überzeugung, daß es angebracht sei, das Minimum um 2 Schill. zu erhöhen und 12½ Proz. Aufschlag für Maschinensetzer zu bewilligen. In Hyde wurde durch gegenseitige Aussprache das Minimum von 34 Schill. 8 Pence auf 36 Schill. 6 Pence festgelegt. In Harrogate,

Hartlepool, Keudal, Middlesbrough, Stockton und Wakefield wurde das Minimum um 2 Schill. erhöht.

Rußland. Für die große Mehrzahl der Buchdrucker Rigas wird der in der letzten Zeit gegründete professionelle Verein der Arbeiter der Druckindustrie nicht mehr in Betracht kommen. Nach Lage der Dinge blieb den Buchdruckern nichts andres übrig, als der Vereinsbehörde das Statutenprojekt eines neuen Vereins zur Registrierung einzureichen; dieser Verein wird den Namen „Professioneller baltischer Typographenverein" führen, und in ihm sollen Setzer, Drucker, Korrektoren, Schriftgießer, Stereotypeure, Galvanoplastiker, Steindrucker und Lithographen sowie die Lehrlinge der eben aufgezählten Berufe aufgenommen werden. Die Buchdrucker der Städte Dorpat und Reval beabsichtigen, sich von den Buchdruckern Rigas getrennt zu organisieren und haben der Behörde gleichfalls ein Statutenprojekt zur Bestätigung vorgestellt. Im Baltikum werden also in Zukunft — statt wie bisher eine — für die Bucharbeiter drei Organisationen bestehen.

Die „Tätigkeit" des aus Deutschland stammenden Typographinstruktors E. Sigel hat nun endlich ihr verdientes unrühmliches Ende gefunden. Im Jahre 1908 wurde Sigel seines „eifrigen Dienstes" wegen von Moskau nach Petersburg versetzt bezw. mußte versetzt werden, weil er sich bei den Typographsetzern wegen seiner Unaufrichtigkeit sowie des Hinaufschraubens des Satzpensums und wegen der Reduzierung der Löhne unmöglich gemacht hatte. In Petersburg setzte Sigel seine Tätigkeit nach der Moskauer Methode fort. Durch seinen „guten Rat" beim Direktor des „St. Petersburger Herold", der gleichfalls darin bestand, das Satzpensum bedeutend hinauf- und die Löhne um monatlich 30 Rubel herunterzuschrauben, waren sechs Typographsetzer gezwungen, ihre Kondition aufzugeben. Für diese seine Tätigkeit fand Sigel im „Korr." (Juli 1908) die gebührende Anerkennung, und vom Verbande der Deutschen Buchdrucker wurde er ausgeschlossen. Als die Typographgesellschaft in Petersburg eine Typographsetzerschule einrichtete, wurde Sigel mit deren Leitung bei einem Monatsgehalte von 150 Rubel betraut. Das Petersburger Pflaster aber ist teuer; doch Sigel wußte sich zu helfen, indem er aus der Setzerschule eine Werksetzerei machte, wobei es nicht ohne Unkorrektheiten abging. Das kam nun nach fünf Jahren der Typographgesellschaft zu Ohren, was Sigel veranlaßte, der Gesellschaft zuvorzukommen und seine Stellung zu kündigen. Die Typographgesellschaft schickte einen Beamten zur Revision nach Petersburg, der alles bestätigte, was die Gesellschaft schon vorher in Erfahrung gebracht hatte. Seit 1. Oktober ist nun Sigel aus der Gesellschaft „ausgetreten". Nun wollte Sigel Druckereibesitzer werden. Er kaufte auch in Gemeinschaft mit einigen „Geldmännern" eine Druckerei, doch stellte es sich bald heraus, daß auf der Druckerei eine Menge Schulden lasteten, was zur Beschlagnahmung der Druckerei führte. Und so steht denn jetzt Sigel ohne Druckerei, ohne Stellung und ohne Geld da und muß wieder ans „Tippen" denken. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Sigel wieder heimwärts zieht, was die russischen Typographsetzer zu der Bitte an die Kollegen im Auslande veranlaßt, dem Herrn Sigel gegebenenfalls mit Vorsicht zu begegnen.

Amerika. Die Internationale Buchdruckerunion der Vereinigten Staaten Nordamerikas kann auf ein Jahr erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken. Dieser Gesamtorganisation der Setzer gehört die 1873 gegründete Deutsch-Amerikanische Typographia, die alle organisierten deutschen Setzerkollegen Nordamerikas umfaßt, als Zweigverein an. Die Drucker und die Hilfsarbeiter haben ihre eigne nationale Organisation, desgleichen die Stereotypeure und Galvanoplastiker. Seit der allgemeinen siegreichen Bewegung für den Achtstundentag ist eine verhältnismäßige Ruhe in der Union eingetreten, die zum Ausbau der Organisation und Bildung der Mitglieder Muße läßt. Die Gunst der Verhältnisse gestattete, den Bestand der Zentralkasse auf 796947 Dollar zu erhöhen; in den Kassen der Ortsgruppen befinden sich 401971 Dollar. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse allein beträgt im abgelaufenen Jahre 914194 Dollar, der eine Ausgabe von 772789 Dollar gegenübersteht. Im besondern wurde in den letzten zwölf Monaten ausgegeben für Sterbegeld 234457 Dollar, für Streiks und außerordentliche Unterstützung 22566 Dollar, für Altersunterstützung 242650 Dollar und für das Buchdruckerheim 100766 Dollar. Der Kampf gegen die Tuberkulose, den Würgengel der Buchdrucker, wurde unablässig weitergeführt. Tausende von Merkblättern sind verteilt worden, Lichtbilderplatten mit Ansichten vom Buchdruckerheim und ein Film: „Eine heilbare Krankheit", hergestellt und zwecks Vorführung an Lichtspielhäuser abgegeben. Der Erfolg dieser jahrelangen Bewegung ist nicht ausgeblieben. Im Jahre 1900 betrug das Durchschnittsalter der verstorbenen Mitglieder 41,25 Jahre, jetzt aber 49,24; 1900 kamen auf 1000 Mitglieder 13 Todesfälle, 1913 bloß noch 12,3. Am Sitze des Verbandes ist der von der vorjährigen Delegiertenversammlung beschlossene Arbeitsnachweis eingeführt. Für einen Dollar kann sich jedes stellungsuchende Mitglied einzeichnen lassen und bleibt dann solange in der Liste, bis ihm ein Platz nachgewiesen ist. Mit dieser Einrichtung wird hauptsächlich erstrebt, Organisierte hinaus aufs Land, in unorganisierte Plätze, zu schieben und dann auch älteren oder mit der modernen Technik nicht vertrauten Kollegen in kleineren Orten noch die Möglichkeit zum Erwerbe zu verschaffen. Inwieweit das Ziel erreicht worden ist, läßt sich in Anbetracht der kurzen Zeit des Bestehens des Arbeitsnachweises natürlich noch nicht sagen.

Die Genugtuung über die glänzenden Fortschritte der Organisation kommt in allen Berichten der Beamten, besonders in dem des Präsidenten Lynch, zum Ausdruck. Nach dessen Ausführungen ist der amerikanische Typographenverband so ziemlich die beste, die erfolgreichste Gewerkschaft der Welt. Um ermessen zu können, inwieweit diese Behauptungen durch Tatsachen gestützt werden, seien hier wenigstens die Zahlen über das Wachsen der Mitgliedschaft und der Löhne angeführt. Es betrug:

im Jahre	Mitgliedschaft im Durchschnitt	Durchschnittslohn eines Mitgliedes
1909	44,921	3667 Mk.
1911	51,807	4090 „
1913	55,614	4296 „

Einen merkwürdigen Vorschlag unterbreitete der Präsident der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes: Weil sich die Delegiertenschaft immer hauptsächlich aus neuen Leuten ohne große Kenntnisse der Geschichte, des Aufbaus und der Bestrebungen der Organisation zusammensetze, schlug er eine automatische Wahl der Delegierten vor. Hinfüro sollten Delegierte für die Generalversammlung kraft ihres Amts sein: in kleinen Gruppen der Sekretär, in größeren der Sekretär und der Vorsitzende, in großen diese beiden Beamten nebst der statutarisch notwendigen Zahl hierfür besonders gewählter Mitglieder. Dadurch würden die Generalversammlungen eine große Mehrheit von Beamten haben. Von diesem Verfahren verspricht sich der Präsident eine Steigerung des Strebens nach Übernahme von Posten in den Gruppen und dann vor allem „eine Generalversammlung, gebildet von Vertretern, die durch bloßes Lesen eines Antrags dessen Wirkung auf die Organisation beurteilen können und fähig sind, die Geschäfte prompt zu erledigen".

Auf der diesjährigen Generalversammlung, die vom 11. bis 16. August in Nashville (Tennessee) tagte, spielte dieser Vorschlag des Präsidenten jedoch keine Rolle. Die Geister wurden fast vollständig von dem Antrag aus Seattle, der auf tiefgehende Reorganisierung der Verbandsleitung abzielte, gefangen genommen. Der Grundgedanke dieses Vorschlags ist kurz wie folgt: Der bisherige Vorstand wird abgeschafft, an seine Stelle tritt ein Direktorium, das gebildet wird von je einem Delegierten der achtzehn zu schaffenden Bezirke. Der Präsident und der Sekretär bleiben wie bisher, um die reinen Verwaltungsarbeiten zu verrichten. Bei Streiks und sonstigen wichtigeren Entscheidungen sind die Delegierten zusammenzuberufen. Jeder dieser Delegierten wird von der Mitgliedschaft seines Bezirks gewählt und kann von dieser jederzeit wieder abberufen werden. Daß dieser Antrag für eine Organisation, die sich auf ein Gebiet von der Riesigkeit Nordamerikas erstreckt, eine platte Unmöglichkeit ist, braucht hier nicht betont zu werden. Dessenungeachtet wurde lang und lebhaft über ihn geredet, und schließlich lehnte man ihn mit 204 gegen 27 Stimmen ab. Mit diesem Entscheid ist die Sache wohl kaum erledigt. Denn hinter dem Antrage sind die Absichten jenes Teils der Mitgliedschaft verborgen, der sich „fortschrittlich" oder „vorstandsgegnerisch" nennt, dem die Haltung oder die Politik der jetzigen Leitung nicht gefällt und Einfluß auf diese zu gewinnen sucht. Zur Erreichung dieses Ziels hätte nun allerdings ein ungeeigneterer Vorschlag als der oben genannte Antrag schwerlich gefunden werden können. Durch die Erfahrung auf dieser und auf der vorigen Generalversammlung gewitzigt, werden sich wohl die oppositionellen Gruppen bis zur nächsten Jahresversammlung über einen andern, d. h. gangbareren Weg schlüssig werden müssen.

Ziemlich viel Zeit verwendete die Generalversammlung auf die Behandlung des Streits mit der Pittsburger Gruppe. Die „amerikanische Eigenart" des Falles rechtfertigt wohl seine Erwähnung an dieser Stelle: Die genannte Gruppe weigerte sich eines Tags, entgegen einem klaren Abkommen, die Hälfte der Kosten des für Pittsburg angestellten Beamten zu bezahlen. Daraufhin wies der Hauptvorstand die Zahlungen der Gruppe für Beiträge zurück mit der Begründung, daß, solange nicht der Pflichtteil für die örtliche Verwaltung entrichtet sei, er Beiträge nicht mehr annehmen werde. Die Gruppe wußte sich zu helfen: Sie drohte dem Hauptvorstande, sie wolle von dem Gericht einen Einhaltsbefehl erwirken, wodurch der Zentrale untersagt werde, die Gruppe (wegen Nichtannahme der Beiträge) ihrer statutarischen Rechte zu berauben; dann werde sie von der Regierung in Washington die Untersuchung der Finanzgebarung des Verbandes fordern, weil die Gelder ohne gesetzliche Erlaubnis gesammelt würden; und schließlich wolle sie das Bundesgericht veranlassen, daß ein Konkursverwalter eingesetzt werde und die widerrechtlich gesammelten (!) Verbandsgelder an die Mitglieder verteilt würden. Da sich der Vorstand nicht einschüchtern ließ, wurde tatsächlich begonnen, die Drohung auszuführen. Bei dem Gerichte des Verbandssitzes, in Indianapolis, wurde das Verlangen auf den Einhaltsbefehl gestellt! Die Gruppe wurde jedoch abschläglich beschieden und auf den statutarisch vorgeschriebenen Weg, an die höchste Instanz der Organisation, an die Generalversammlung nämlich, verwiesen. Erst dann, wenn ihr von dieser ihr vermeintliches Recht nicht werde, könne sie wiederkommen. Die Generalversammlung entschied diesen, auch für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten etwas ungewöhnlichen Fall dadurch, daß sie nicht nur die Gruppe mit ihrer Klage abwies, sondern ihr auch noch die Gerichtskosten aufbürdete, die dem Verbande durch das Verlangen nach einem Einhaltsbefehl entstanden sind.

Von den Delegierten New Yorks, der „europäischen Vorstadt", war folgender, viel Zunftgeist verratender Antrag gestellt: „Von jedem Mitglied einer fremdsprachigen Gewerkschaft oder von jedem vom nichtenglischen Auslande kommenden Kollegen ist, falls er sich einer englischen Gruppe anschließen will, zu fordern, daß er vor der Mitgliedschaft oder vor einem hierfür bestimmten Ausschusse dartut, daß er die englische Sprache genügend beherrscht". Da dieser Antrag der Statutenkommission nicht das geeignete Mittel zur Erreichung des gewollten Zwecks dünkte, lehnte ihn die Generalversammlung ab.

Dem § 170 des Verbandsstatuts, der das Auswechseln, Verleihen und Verkaufen von Matern zwischen den Druckereien verbietet, wurde folgender verschärfender Passus angefügt: „... und es (das Ausleihen, Auswechseln oder Verkaufen von Sätzen oder Matern) ist nicht erlaubt, es sei denn, daß sie wieder neu gesetzt werden oder den Gehilfen die dementsprechende Zeit gutgeschrieben wird. .. Es ist nicht erlaubt das Auswechseln von Matern zwischen Zeitungsgeschäften und Akzidenzdruckereien oder Akzidenzdruckereien und Zeitungen, wenn diese als getrennte Geschäfte geführt werden oder getrennte Setzereien haben, selbst wenn sie der nämlichen Person, Gesellschaft oder Firma gehören, es sei denn, daß die Matern wieder neu gesetzt werden oder die für die Wiedersetzung benötigte Zeit den Gehilfen gutgeschrieben wird, was durch einen Vertrag mit der lokalen Gruppe zu regeln ist. Die Zeit, während welcher geborgte oder gekaufte Matern wieder neu zu setzen sind, ist ebenfalls vertraglich zwischen Unternehmer- und Lokalgruppe festzusetzen".

Korrespondenzen

H. Bamberg. Unsre am 11. Oktober abgehaltene Quartalsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Aus dem von unserm Kassierer Glas erstatteten mustergültigen Vierteljahrsberichte war leider zu entnehmen, daß infolge der dauernd hohen Konditionslosenziffer der Kassenbestand gegenwärtig ein sehr minimaler ist. Zur Behebung dieser Depression wird wohl oder übel zu einer Beitragserhöhung gegriffen werden müssen. Trotzdem wurden in altgewohnter Opferfreudigkeit einem verheirateten ausgesteuerten Kollegen 20 Mk. aus der Ortskasse bewilligt, welches Kassenmanko durch eine Extrasteuer wieder beglichen werden soll. Drei Neuaufnahmen fanden statt, während die Aufnahme eines vierten Neuausgelernten zurückgestellt wurde. Der Punkt „Örtliches" rief eine teilweise recht stürmische Debatte hervor. Während im „Bamberger Tagblatt" und den „Bamberger Neuesten Nachrichten" die seither innegehabten Ferien auch heuer wieder glatt bewilligt wurden, büßten die Kollegen in der „Allgemeinen Zeitung" leider ihre bisherigen freien Erholungstage ein; hoffentlich nicht für dauernd. In der vierten größeren Druckerei („Bamberger Volksblatt") ist bis jetzt in puncto Ferien noch nichts erreicht worden, trotzdem die dort seither freien katholischen Feiertage in Wegfall kamen. Dem Kollegen Wolf ward für seinen Kartellbericht Dank und Anerkennung.

Qu. **Bezirk Barmen.** Die am 28. September stattgehabte Bezirksversammlung in Remscheid war von 95 Kollegen besucht: Barmen 43, Remscheid 38, Schwelm 5, Gevelsberg 7, Wipperfürth 1, Lüttringhausen 1. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Kunz des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel; die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Sodann nahm die Versammlung Kenntnis von der Tarifanerkennung der Firma Peter Hahnen (Wipperfürth). Aufgenommen wurde ein Kollege, während ein Ausschluß vollzogen werden mußte. Zum Punkte „Kassenbericht" verwies der Kassierer auf den gedruckt vorliegenden Bericht; Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt Arbeitersekretär Krüger (Barmen) einen Vortrag über: „Die kulturhistorische Bewertung der Gewerkschaftsbewegung". In eingehenden Ausführungen entledigte sich der Redner seiner Aufgabe, an zahlreichen Beispielen den Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf allen Gebieten hervorhebend. Der sehr gediegene Vortrag löste am Schlusse starken und aufrichtigen Beifall aus. Hierauf kam der Konflikt in der Verlagsgesellschaft in Hamburg zur Sprache. Eine vom Vorstand unterbreitete Resolution, in welcher die Versammlung ihre schärfste Mißbilligung über das Verhalten des Geschäftsführers Kaufmann in dem Konflikte der Buchdrucker mit der Verlagsgesellschaft ausspricht, fand einstimmige Annahme. Mit einem Hinweise des Vorsitzenden, aus dem gehaltenen Vortrage die nötigen Lehren zu ziehen, schloß die Versammlung.

Berlin. (Bezirksversammlungen vom 2. bis 9. Oktober.) Tagesordnung: 1. Vortrag: „Streiflichter vom Gewerbegerichtstag in Leipzig"; 2. Vorschläge von Kandidaten für den Ausschuß der Ortskrankenkasse; 3. Verschiedenes. — Im 1., 2. und 8. Bezirke referierte Schlessler, im 7., 9., 10. und 11. Bezirk Albrecht, im 3., 4. und 6. Bezirke Gewerkschaftssekretär Ritter und im 5. Bezirk Arbeitersekretär Wissel über den Gewerbegerichtstag in Leipzig. In vorzüglicher Weise verstanden es die Referenten, die wichtigsten Verhandlungen dieser Tagung den Versammelten vorzutragen. Besonders eingehend wurde von ihnen die Frage des einheitlichen Arbeitsrechts behandelt sowie die verschiedenen Systeme der Verhältniswahl und die Lohnbeschlagnahme. Der reiche Beifall, den die Referenten in allen Versammlungen ernteten, bewies das große Interesse der Kollegen an dem Vorgetragenen. Die Aufstellung von Kandidaten für den Ausschuß der Ortskrankenkasse gab Gelegenheit, auf die Wichtigkeit der Wahlen zum Ausschuß und die Notwendigkeit einer vollzähligen Wahlbeteiligung hinzuweisen. Unter „Verschiedenem" wurde von den Bezirksleitern mitgeteilt, daß die beiden Kreisvertreter an die tariftreuen Prinzipale Berlins ein Zirkular versandt haben, in dem gebeten wird, „bei Bedarf von Arbeitskräften in erster Linie den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen". Die Kreisvertreter „hoffen dadurch der großen Arbeitslosigkeit in Berlin, die im vergangenen Jahre wiederum gewachsen ist, zu steuern". Ihre Bitte geht auch dahin, „bei Bedarf den Arbeitsmarkt da-

durch zu entlasten, daß die Überarbeit auf das Mindestmaß beschränkt wird und statt dessen Arbeitskräfte eingestellt werden". Es heißt dann zum Schlusse: „Wir glauben, daß bei Berücksichtigung unsrer Bitte wenigstens vorübergehend die große Arbeitslosigkeit der Gehilfen gemildert werden kann und daß auch die Prinzipale Vorteile dabei haben werden". Es ist nur zu wünschen, daß dieses Schreiben bei der gesamten Berliner Prinzipalität das notwendige Verständnis und die entsprechende Beachtung findet.

Breslau. Vom Vorsteher des Heimathauses „Schwarzes Kreuz" erhielten wir unter Bezugnahme auf den in Nr. 118 veröffentlichten Versammlungsbericht, worin die Errichtung einer von Obdachlosen betriebenen Druckerei erwähnt wurde, eine Richtigstellung. Darin heißt es in der Hauptsache: „Es ist nicht richtig, daß in der von mir errichteten Druckerei obdachlose Personen andrer Berufe beschäftigt werden. In unsre Anstalt kommen genügend arme, bedauernswerte Angehörige des Buchdruckereigewerbes, die sich arbeits- und obdachlos melden, welche wir beschäftigen wollen. Es sind dies zumeist ältere, oft auch kränkliche Leute, die niemand mehr beschäftigen will. Wir finden nichts Verkehrtes darin, diese Leute ihren Fähigkeiten entsprechend zu beschäftigen, sondern glauben im Gegenteil, diese armen Leute damit vor dem Verhungern zu schützen". Die Tatsache der Errichtung einer Druckerei zur Unterbringung Obdachloser wird von der Anstaltsleitung also nicht bestritten und damit findet die wesentlichste Angabe im Versammlungsbericht ihre Bestätigung. Im übrigen entrollt diese Richtigstellung ein recht trübes Bild von der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe, zumal darin von unparteiischer Seite darauf hingewiesen wird, wie viel ältere arbeits- und obdachlose Buchdrucker jahraus jahrein die Landstraße bevölkern. Wie uns die Anstaltsleitung ferner mitteilt, läßt sie ihre Hilfe jedermann unentgeltlich und ohne Unterschied der Konfession zuteil werden. Zurzeit befindet sie sich in einem schweren Kampfe mit Polizei und Geistlichkeit, welche das Unternehmen als eine gefährliche Konkurrenz ansehen.

Brieg. (Vierteljahrsbericht.) Im abgelaufenen Quartale fanden nur zwei Monatsversammlungen statt. Die Versammlung vom 19. Juli stand im Zeichen der Krankenkassenwahl. Arbeitersekretär Peikert (Breslau) hielt einen Vortrag über das Thema: „Was bedeuten die bevorstehenden Wahlen zur Krankenkasse für alle Arbeiter und Arbeiterinnen?". Redner machte in längeren Ausführungen die Anwesenden mit den Neuerungen, die durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, vertraut. Besonders wies er darauf hin, wie notwendig es ist, daß ein jeder sein Wahlrecht ausübt, da die Zusammensetzung des Ausschusses für die Bildung der höheren Instanzen sowie bei Festsetzung des Grundlohnes, Ortslohnes und Jahresdurchschnittsverdienstes usw. von großer Tragweite sein kann. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Redner noch das Verhältniswahlsystem und erntete für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Im Anschlusse hieran nahm man gleich zur Aufstellung der Wahlvorschlagsliste Stellung. — In der Septemberversammlung sprach Kollege Schulz über: „Die wichtigsten Vorkommnisse im Gewerbe und in der Tarifgemeinschaft". Die Anfeindungen, welche dem Verband und der Tarifgemeinschaft seitens des Gutenbergbundes zuteil wurden, fanden durch ihn entsprechende Würdigung. Zum Schlusse fanden noch örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung. — Im letzten Sommer hat die Arbeitslosen- und Krankenziffer am hiesigen Ort eine Höhe erreicht wie in keinem Jahre zuvor.

-t-. **Bruchsal.** Unsre am 5. Oktober abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Zu erledigen war eine acht Punkte umfassende Tagesordnung, in deren Mittelpunkt die Berichterstattung von der Bezirksvorsteherkonferenz in Freiburg stand. Kollege Kirsten (Karlsruhe) schilderte in seinen Ausführungen die Agitation des christlichen Tugendbundes im badischen Oberlande, hauptsächlich in Freiburg. Der Redner erntete am Schlusse seiner Ausführungen reichen Beifall. Bei den Neuwahlen wurde an Stelle des von hier verzogenen Vorsitzenden Kollege Seitz einstimmig gewählt, während die übrigen Vorstandsmitglieder nach Ergänzungswahl für einen zweiten Vorsitzenden die gleichen blieben. Die Einführung des $2^1/_2$ proz. Lokalzuschlags am hiesigen Ort ab 1. Oktober d. J. ist nicht überall in der erwünschten Weise vonstatten gegangen. Verschiedene interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. (Maschinensetzer. — Vierteljahrsbericht.) In der am 20. Juli abgehaltenen Versammlung berichtete Kollege Porten über die Generalversammlung in Danzig und die dort behandelten Sparkenfragen. — Den alljährlich stattfindenden Ausflug, der die Sparkenkollegen von Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Frankfurt zusammenführt, hatte dieses Jahr Frankfurt übernommen, er fand am 17. August nach Groß-Gerau statt. Nach kurzer Bahnfahrt ging es zu Fuß von Walldorf durch schönen Wald nach Forsthaus Mönchbruch, wo alsbald die Spezialkollegen aus den vorgenannten Nachbarstädten eintrafen. Alsdann folgte gemeinschaftlicher Marsch durch den herrlichen Groß-Gerauer Wildpark nach Groß-Gerau, wo man noch einige gemütliche Stunden mit den dortigen Kollegen verbrachte, die in entgegenkommender Weise um die Unterhaltung bemüht waren. Auch an dieser Stelle sei ihnen dafür herzlich gedankt. — Die nächste Versammlung mußte einige Male verschoben werden und fand erst im Oktober statt. Zugleich war dies eine Jubiläumsversammlung, da vor zehn Jahren der Verein gegründet wurde. Der Vorsitzende verlas ein Zirkular der Zentralkommission und gab zur Unfallstatistik bekannt, daß in zwei hiesigen Druckereien an Setzmaschinen Unfälle vorgekommen sind. Der eine Kollege ist vom Trittbrette der Linotype abgeglitten und verletzte sich das Knie derartig, daß er seit drei Wochen arbeitsunfähig krank ist. Die Halbjahrsrechnung ergab den guten Stand der Vereinskasse. Hierauf hielt Kollege Steinmann einen Vortrag mit dem Thema „Rückblicke — Ausblicke" und fand für die interessanten Ausführungen lebhaften Beifall. Auf den mehr und mehr in Schwung kommenden Maternaustausch der Zeitungen, bei dem alle Gegensätze in politischer und religiöser Gesinnung auf einmal verschwunden seien, wurde hingewiesen. Dies sei um so mehr zu bedauern, da hierdurch das Konditionslosenheer stark vermehrt wird. Zum Schlusse wurde unter „Technischem" über einige interessante Vorkommnisse berichtet.

Gelsenkirchen. (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung vom 2. August hörte nach Entgegennahme des Kassenberichts und der Abrechnung vom Johannisfeste sowie des Kartellberichts einen Vortrag des Vorsitzenden Kämmerer über: „Sitten und Gebräuche der Buchdrucker in früherer Zeit". — In der Versammlung vom 6. September hielt nach Ehrung des Arbeiterführers August Bebel und des am Orte verstorbenen Kollegen Fritz Marks Gauverwalter Ewald Müller (Köln) einen Vortrag über: „Die Entwicklung des Unterstützungswesens im Verbande", wobei er in Vergleichen die auf Täuschung berechneten neuen Unterstützungseinrichtungen des Gutenbergbundes gebührend beleuchtete. — Über „Peter Rosegger und seine Werke" sprach in der Versammlung vom 5. Oktober Hauptlehrer Amme (Gelsenkirchen). Die beiden letzten Versammlungen beschäftigten sich auch mit der Angelegenheit Kaufmann. Alle Redner verurteilten das Gebaren dieses Herrn und auch des Herrn Steinhorst, besonders nach Erledigung des Konfliktes, aufs schärfste. Von der Annahme einer Entschließung wurde Abstand genommen. In zwei Versammlungen hatten wir je eine Aufnahme zu verzeichnen. In allen Versammlungen hielten wir eine „Zeitschriftenschau", wobei besonders die Artikel gegen die Maschinensetzer in der „Zeitschrift" und die Hetzartikel im „Typograph" Entrüstung, teilweise aber auch stille Heiterkeit erregten. Mit Interesse nahm aber die Versammlung die Fortschritte auf freigewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet entgegen. Alle Erscheinungen sozialpolitischer Natur wurden besprochen. Von Interesse ist noch, daß hier am Ort eine Zwangsinnung für das Buchdruckgewerbe gegründet wurde.

Goch (Rhld.). In der Monatsversammlung am 4. Oktober machte der Vorsitzende unter „Geschäftlichem" u. a. Mitteilung von der Einführung des Lokalzuschlags von $2^1/_2$ Proz. für unsern Ort. Daß hierbei seitens der Prinzipalität sehr kleinlich verfahren ist, zeigt der Umstand, daß in der Völkerschen Buchdruckerei den Zuschlag nur diejenigen erhielten, die zum Minimum entlohnt werden. In der Schaffrathschen Druckerei zahlte man den Lokalzuschlag genau vom 1. Oktober ab, so daß die Kollegen also nur für vier Tage den Zuschlag erhielten. In letzterer Druckerei stehen augenblicklich nur noch Minimumkollegen. Sodann hielt unser Bezirksvorsitzender Leßmann (Wesel) einen sehr interessanten und instruktiven Vortrag über: „Die Reichsversicherungsordnung". In ausführlicher Weise legte Redner die Veränderungen und besonders die Verschlechterungen, speziell der Krankenversicherung, denen nur minimale Vorteile gegenüberstehen, den Kollegen klar vor Augen. Zum Schluß ermunterte der Vortragende die Kollegen, bei der kommenden Wahl der Versicherten zum Ausschusse nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die die Gewähr dafür bieten, daß sie zum Wohle der Kasse und damit zum Wohle der Versicherten eintreten. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten; ein Zeichen dafür, daß die Kollegen mit dem Vortrag einverstanden waren.

Hg. **Hannover.** Eine gutbesuchte Versammlung wurde am 10. Oktober abgehalten. Eingangs wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Sedlmayer in üblicher Weise geehrt. Unter „Vereinsmitteilungen" bemerkte sodann Vorsitzender Schweinitz, daß die Firmen Walter Blumenberg und Bremer & Ko. den Tarif anerkannt haben. Weiter erwähnte er die neuerrichtete Fachschule für Lehrlinge, deren Unterstützung sich die Gehilfenschaft angelegen sein lassen wird. Leider lehnt die Stadt Hannover die Mittel zur Errichtung einer Lehrdruckerei ab, so daß vorläufig nur theoretischer Unterricht erteilt wird. Kollege Dreßler (Leipzig) hielt dann einen Vortrag über: „Berufsentwicklung und die Erfordernisse unsrer Zeit", der beifällige Aufnahme fand. Redner erwähnte u. a., welchen entscheidenden Einfluß die technische Entwicklung in unserm Gewerbe genommen habe, und daß es des Zusammenfassens aller Kräfte bedürfe, wenn es besser werden solle. Nicht egoistische Interessen sollten herrschen, sondern jeder müsse sich den Allgemeininteressen unterordnen. Zu begrüßen sei der Beschluß der Danziger Generalversammlung, wonach nur solche Kollegen in den Verband aufgenommen werden dürfen, die den Nachweis ihrer Tüchtigkeit erbringen. Der Referent griff dann auf die Druck- und Satztechnik zurück, von der Zeit Gutenbergs an, dessen Methode des Druckens und Setzens 300 Jahre fast die gleiche geblieben sei. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts trat eine Änderung ein. Es waren Amerika und England, wo die Druckmaschinen zuerst ihren Einzug hielten, um dann später langsam in Deutschland Einzug zu halten. Dasselbe treffe auf die Setzmaschinen zu. Durch letztere seien die Setzer fast allein auf das Gebiet des Akzidenz-, Katalog- und Inseratensatzes angewiesen. Heute seien bereits tüchtige Kräfte vorhanden, und es sei Pflicht für alle, sich in den technischen Vereinigungen fortzubilden, um allen Anstürmen gewappnet zu sein. Da das Referat ausführlich war, wurde von einer Diskussion darüber abgesehen.

Kassel. (Maschinensetzervereinigung Kassel-Göttingen.) Zu unsrer außerordentlichen Hauptversammlung am 5. Oktober in Kassel waren aus Kassel 20, Göttingen 2 Kollegen und aus Corbach ein Kollege erschienen. Gerade von dieser Versammlung hätte man einen zahlreicheren Besuch erwarten dürfen, denn das ausgezeichnete Referat des Kollegen Henkelmann über „Die Aufgaben und Ziele unsrer Sparkenorganisation" war in erster Linie für die bestimmt, die regelmäßig unsern Versammlungen fernbleiben. Der Redner wandte sich in seinem Vortrag auch gegen die Hetzartikel gegen die Maschinensetzer in der „Zeitschrift" und führte die „Anklagen" der Herren Artikelschreiber, die hier mit „Erfahrungen aus der Praxis" aufwarten, als starke Verdächtigungen der Maschinensetzer ab. Eine ausgiebige Diskussion schloß sich an diesen Vortrag, in der alle Redner ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten erklärten. Es wurde dann noch auf die Schnellsetzmaschine hingewiesen und auf den darauf bezüglichen Artikel in den „Technischen Mitteilungen" aufmerksam gemacht. Aufgenommen wurden zwei Kollegen.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Wiederum mußte der Vorsitzende in der am 10. Oktober abgehaltenen Versammlung Kenntnis geben von unhaltbaren Zuständen in einer hiesigen Firma, in der trotz wiederholter Ermahnungen, Kollegialität zu pflegen und auf möglichste, bis zur Grenze bedachte Ausnutzung unsrer tariflichen Rechte zu streben, zum Hohne das Gegenteil von einem Teile der Kollegen getan wurde. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Aussprache über Rundschreiben Nr. 36 der Zentralkommission abgesetzt und ein Referat des Kollegen Schaeffer über „Zeit- und Streitfragen aus Berufs- und Wirtschaftsleben" entgegengenommen. Ausgehend von inneren Organisationsverhältnissen und Tarifgemeinschaftsfragen, besprach der Referent die wichtigsten Spezialfragen des Druckerberufs im Lichte der neueren Entwicklung. Er zog die technischen und sonstigen Veränderungen mit der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen in Vergleich und bezeichnete das Streben nach beruflicher Fortbildung und ein besonders ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl bei der Maschinenbedienung als die Grundpfeiler des Druckerberufs. Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Unter „Verschiedenem" verwies der Vorsitzende auf eine rege Beteiligung zu den Krankenkassenwahlen und zu unsrer Herrenpartie. Nach einer gewünschten und auch erfolgten Feststellung, wieviel Arbeitslose anwesend seien, mußte gesagt werden, daß ein sehr geringes Verständnis für unsre Veranstaltungen auf dieser Seite vorhanden ist. — Am 12. Oktober wurde von Vorstandsseite eine außerordentliche Rotationsmaschinenmeisterversammlung einberufen. Der Grund hierzu war in der in letzter Zeit auffallend in die Erscheinung tretenden Unkenntnis der tariflichen Rechte und Pflichten der Kollegen zu suchen. Die sehr eingehende und rege Diskussion zeitigte die Annahme folgender Resolution: „Die am 12. Oktober tagende außerordentliche Rotationsmaschinenmeisterversammlung beschäftigte sich eingehend mit den Druckerbestimmungen des Tarifs, insonderheit aber mit dem Paragraphen 6, Absatz 2, und erkennt an, daß, wie die letzte Zeit gelehrt, dieselben nicht genügend ausgenutzt worden sind. Sie erachtet es für eine Pflicht jedes Kollegen, die Bestimmungen in vollem Sinne zur Anwendung zu bringen, um sich nicht für später ihrer Rechte zu begeben. Im besondern aber werden die Vertrauensleute verpflichtet, alle in Rotationsbetrieben entstehende Mißstände auf tariflichem und kollegialem Gebiete den maßgebenden Instanzen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen."

Meißen. Am 5. Oktober fand unsre Herbstbezirksversammlung in Großenhain statt, welche trotz des schlechten Wetters noch gut besucht war, und zwar von Meißen 21, Großenhain 23, Riesa 6, Radebeul 6, Kötzschenbroda 3, Wilsdruff 4, Weinböhla 2, zusammen 65 Mitglieder. Kurz nach 11 Uhr wurde die Versammlung vom Bezirksvorsitzenden Ambrosch (Meißen) eröffnet, nachdem vorher Kollege Stephan die Kollegen im Namen der Mitgliedschaft Großenhain herzlich willkommen geheißen. Sodann ergriff unser Gauvorsteher Wendsche das Wort zu seinem Referate: „Danzig und Essen". Redner verstand es in ausgezeichneter Weise, diese beiden Tagungen gegenüberzustellen und ging dann weiter noch auf den jetzt wieder betriebenen Mitgliederfang des Gutenbergbundes ausführlich ein, wobei hauptsächlich mit den neuen Unterstützungen des Bundes operiert werde. Auch die Denunzialionen des Tugendbundes gegenüber Prinzipalen und Behörden fanden ihre volle „Würdigung". Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung an die Kollegen, weiter wie bisher treu zum Verbande zu halten, welcher nur allein infolge seiner Stärke die Interessen der Buchdrucker wirksam vertreten könne. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen Vortrag. Die folgende Diskussion ergab, daß im hiesigen Bezirke nur zehn Bündler dominieren (Meißen einer, Riesa drei und Kötzschenbroda sechs). Kollege Ambrosch nahm sodann noch Veranlassung, Kollegen Wendsche den Dank der Versammlung für sein Referat auszusprechen. Hierauf gab Kollege Kind die Abrechnung vom Bezirksjohannisfeste, welche einen kleinen Überschuß ergab, trotzdem das Fest unter schlechtem Wetter zu leiden hatte. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, im nächsten Jahre das Johannisfest fallen zu lassen in Anbetracht der Leipziger Ausstellung. Der Antrag des Vorstandes, einen Bezirksbeitrag zu erheben, mußte wieder zurückgezogen werden, da der größte Teil der Mitglieder dagegen war. Unter „Verschiedenem" kam Kollege Pietsch noch auf die Angelegenheit Kaufmann zu sprechen. Eine das Verhalten Kaufmanns und Genossen verurteilende Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die bevorstehenden Krankenkassenwahlen hingewiesen hatte, schloß er mit herzlichen Dankesworten an die Großenhainer Kollegen die Versammlung.

(Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 123 — Leipzig, den 23. Oktober 1913

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Melle. Die Ortsvereinsversammlung am 7. Oktober beschäftigte eine reichhaltige Tagesordnung. Unsre Ortskasse, die schon seit Jahren ein erfreuliches Wachstum zeigt, hatte auch im dritten Quartal ein Plus zu verzeichnen. Das Hauptinteresse galt dem Berichte vom Gautage, den in ausführlicher Weise Vorsitzender Enste gab. Ferner wies letzterer auf die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Krankenkassenausschusse hin. Zum Schlusse beschäftigte die Versammlung noch der Streit mit der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Das wunderliche Verhalten des Herrenmenschentrios Kaufmann-Steinhorst-Dr. Müller fand eine entsprechende Würdigung und Verurteilung in einer einstimmig angenommenen Resolution, die dem Vorstand und Aufsichtsrate des Konsumvereins „Vorwärts" für Osnabrück und Umgegend, welchem Vereine fast alle verheirateten Kollegen angehören, zur Kenntnisnahme unterbreitet worden ist.

Neustadt a. Hdt. In der am 1. Oktober abgehaltenen Versammlung, in welcher etwa 30 Kollegen anwesend waren, erstattete Vorsitzender Forsch Bericht über den Gautag. Die Anwesenden folgten mit Interesse den Ausführungen des Referenten, welcher sich über die dem Gautage vorgelegten Abänderungsanträge und die daselbst gepflogenen Verhandlungen verbreitete. Kassierer Mayer ergänzte den Bericht in einzelnen Punkten. Von der Diskussion wurde sehr wenig Gebrauch gemacht, was beweist, daß die Versammlung mit der auf dem Gautage geleisteten Arbeit einverstanden war. Bei Punkt „Kartellbericht" wurde nochmals eingehend auf die bevorstehenden Ausschußwahlen zur Ortskasse hingewiesen.

Weiden (Oberpfalz). Unsre Herbstbezirksversammlung fand am 5. Oktober in Cham statt. Der Versammlungsbesuch hatte etwas unter der geographisch nicht günstigen Lage des Tagungsortes zu leiden. Erschienen waren Kollegen aus Burglengenfeld, Cham, Marktredwitz, Waldmünchen und Weiden. Die Tagesordnung wies in der Hauptsache zwei Referate auf. Kollege Mieruch (Cham) sprach über: „Die Reichsversicherungsordnung und die Krankenkassenwahlen", während Kollege Karnahl (Weiden) die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge behandelte. Beide Vorträge löste lebhaften Beifall aus. Durch den Weggang unsres langjährigen verdienten ersten Vorsitzenden, des Kollegen Xaver Hunger (Weiden), machte sich die Neuwahl eines Bezirksvorsitzenden nötig. Die Wahl fiel auf Kollegen Karnahl (Weiden). Ebenso wie in der Versammlung, sei auch an dieser Stelle Kollegen Hunger nochmals herzlichst gedankt für alles, was er an ersprießlicher Tätigkeit so reichlich geleistet für unsern Verband, und ihm die besten Wünsche auf den ferneren Lebensweg mitgegeben. — Auch die Versammlung des Ortsvereins Weiden am 9. Oktober stand unter dem Eindruck des Weggangs des Kollegen Hunger. Was über seine Tätigkeit im Bezirke gesagt worden ist, gilt im verstärkten Maßstabe für den Ortsverein. Während seiner achtjährigen Vorstandstätigkeit hat der Verband in Weiden erst festen Fuß gefaßt. Wir werden ihm immer ein gutes Andenken bewahren. Als sein Nachfolger wurde von der vollzählig besuchten Versammlung auch hier einstimmig Kollege Karnahl gewählt.

Zwickau. (Vierteljahrsbericht.) Die Juliversammlung fiel aus, da sich in diesem Monat eine Bezirksversammlung nötig machte. — Die Augustversammlung hatte zunächst zwei Ausschlüsse zu vollziehen. Ein Kollege wurde wegen Resten aus der Liste der Verbandsmitglieder gestrichen, während dem andern wegen unehrlicher Handlungsweise gegenüber Kollegen das gleiche Schicksal widerfuhr. Die auf das Preisausschreiben des Gauvorstandes eingegangenen und zu einer Rundsendung zusammengestellten Arbeiten lagen zur Ansicht aus. Kollege Hübner hatte dazu das Referat übernommen und unterzog diese Entwürfe einer kritischen Betrachtung. Zu konstatieren war, daß ein großer Teil der Arbeiten der Kritik nicht standhalten konnte. Mögen sich die beteiligten Kollegen dadurch aber nicht entmutigen lassen, bei steter Betätigung wird auch hier der Erfolg nicht ausbleiben. — Die Septemberversammlung ehrte zunächst das Andenken August Bebels, des glänzenden Parlamentariers und eifrigen Verfechters der proletarischen Interessen. Der Vorsitzende nahm Veranlassung, der Versammlung in kurzen Umrissen ein Bild von den Verdiensten, die sich der Verblichene um die Arbeiterschaft erworben hat, zu entwerfen. Hierauf erstattete uns Kollege R. Müller den zweiten Teil seines Vortrags über das Taylor-System. An Hand zahlreicher Beispiele charakterisierte er dieses neuste Arbeitssystem und ermahnte zu größter Vorsicht gegenüber den darin zutage tretenden Bestrebungen. Der Versammlungsbesuch konnte erfreulicherweise immer ein zufriedenstellender genannt werden. Schließlich sei noch mitgeteilt, daß die hiesige Mitgliedschaft am 8. November ihr 30jähriges Stiftungsfest begeht; es soll in etwas großzügiger Weise gefeiert werden. Die Vorarbeiten dazu sind bereits in vollstem Gange.

Rundschau

Meisterprüfungen. Vor den zuständigen Handwerkskammern legten folgende Kollegen die Meisterprüfung ab: In Nürnberg Albert Bauer, R. Beugler, August Engelke, N. Groller, Johann Hausmann, Wilhelm Hösling, Johann Setzer, Paul Pfister, R. Weltz und Max Strauber; in Karlsruhe Below, Blanke, Brauckhage, R. Günther, Jost, Hall, Kolb, Lahr, K. Mayer, Massenhölder, Massenberg, A. Meder, v. Müller, Schier, Schuler, Weghaus, Zeller und Zimmermann und in Meiningen Otto Stein.

Geschäft und Religion. Dem Berliner „Vorwärts" ging von Herrn L. Lensing in Dortmund eine Berichtigung zu, die sich sinngemäß auch auf unsre Notiz unter vorstehender Stichmarke in Nr. 120 bezieht. Wir geben diese Berichtigung, die der „Vorwärts" unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes zu veröffentlichen verpflichtet wurde, nachfolgend wörtlich wieder, jedoch ohne in der gedachten Weise bis jetzt dazu aufgefordert worden zu sein: „Insbesondere ist es 1. unwahr, daß der Vorstand des Verbandes der katholischen Vereine Dortmunds zusammenberufen sei aus Anlaß von angeblichen Differenzen mit Dortmunder Geschäftsfirmen und daß der Verband eine Kundgebung erlassen habe, daß nur in den Geschäften gekauft werden dürfe, die der ‚Tremonia' Annoncen zukommen lassen. Der Vorstand des Verbandes hat nur im allgemeinen auf die Unterstützung der Zentrumspresse hingewiesen und die Katholiken darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei ihren Einkäufen diejenigen Firmen auch berücksichtigen, welche in der Zentrumspresse annoncieren. Weder ist auf eine hiesige Firma Bezug genommen, noch sind Kundgebungen bekannt gemacht, wie sie der ‚Vorwärts' anführt. Von einem Boykotte der Firma Ludwig Clemens, um sie gefügig zu machen, in der ‚Tremonia' zu inserieren, kann keine Rede sein; 2. unwahr, daß die hiesige Firma L. Clemens sich an die hiesige ‚Arbeiterzeitung' gewendet hat um Aufnahme einer Erklärung. Ein Angestellter dieser Firma hat vielmehr, ohne Wissen und Willen derselben, der ‚Arbeiterzeitung' Angaben gemacht über angebliche Differenzen zwischen der Firma L. Clemens und der ‚Tremonia', die in allen Einzelheiten unwahr sind und welche die Firma veranlaßt haben, den Angestellten sofort zu entlassen; 3. unwahr, daß die ‚Tremonia' seit Jahren alljährlich 3000 Mk. für Inserate der Firma zu viel abgeknöpft hat. Die Firma Clemens ist genau behandelt wie alle andern Inserenten, welche in gleicher Weise wie diese Firma der ‚Tremonia' Inserate zuwenden." In dieser Berichtigung wird also zunächst festgestellt, daß die in Frage kommende Konferenz des Vorstandes der katholischen Arbeitervereine in Dortmund sich nicht direkt für das Inseratengeschäft der „Tremonia" ins Zeug gelegt hat, sondern nur im „allgemeinen für die Zentrumspresse". Demgegenüber wäre unserseits zu bemerken, daß die „Tremonia" in Dortmund als maßgebendes Zentrumsblatt in Frage kommt. Weiterhin kommt auch in Betracht, daß die auffällige Resistenz der Firma L. Clemens hinsichtlich des Inserierens in dem maßgebenden Zentrumsblatte nicht bestritten werden kann, und daß drittens dies anscheinend nur darauf zurückzuführen ist, daß die betreffende Firma nicht „in gleicher Weise" inserierte, wie es gewünscht wurde. Demnach bleibt also unsrer Meinung nach der Kernpunkt bestehen, daß die katholischen Arbeitervereinsmitglieder in Dortmund in besonderer Weise darauf aufmerksam gemacht und moralisch dazu verpflichtet wurden, bei ihren Einkäufen in erster Linie nur jene Firmen zu berücksichtigen, die in der Zentrumspresse inserieren. Dadurch rechtfertigt sich unsre Beleuchtung der Beziehungen zwischen Geschäft und Religion, wie wir sie in Nr. 120 gegeben haben, auch trotz dieser Berichtigung.

Konkurs. Nach einem Bericht im „Berliner Tageblatt" vom 17. Oktober erklärte die Wiedemannsche Hofbuchdruckerei in Saalfeld, die im Jahre 1714 gegründet wurde, ihren Konkurs.

Krankenkassen und Ärzte in Breslau. Wie anderwärts, hatte auch in Breslau der Leipziger Verband seine Mitglieder, die Kassenärzte sind, verhindert, die fertigen Einigungsbedingungen zu unterschreiben. Sie mußten die bekannte Gruppeneinteilung und die freie Arztwahl verlangen. Da dies bei dem Stande der Breslauer Kassen unerfüllbar war, kam es zur Kündigung der bisherigen Ärzte. Wenn diese gehofft hatten, es würde sich kein Ersatz finden, so täuschten sie sich sehr. Aus den zahlreichen Bewerbungen konnten etwa 60 erprobte und einwandfreie Ärzte ausgewählt und vertraglich für den 1. Januar 1914 verpflichtet werden. Diese neuangestellten Ärzte beschlossen, den sämtlichen Kassenmitgliedern — es kamen mehrere Kassen in Betracht — unter sich die freie Arztwahl zu gestatten. Damit ist ein vorläufiger Stillstand der Fehde zu verzeichnen, aber auch die letzte Hoffnung der Ärzte, das Oberversicherungsamt, dürfte in diesem Falle versagen.

Krankenkassenwahl in Hildburghausen. Das Resultat der Vertreterwahlen zum Ausschusse der Ortskrankenkasse in Hildburghausen ergab für die Liste der freien Gewerkschaften 32 und für jene einer sogenannten liberalen Gruppe 2 Vertreter. Von insgesamt 564 Stimmen entfielen auf die Kartellliste 452.

Versicherungsüberschüsse. Die Versicherung ist ein glänzendes Geschäft für die kapitalistischen Gesellschaften, ihre Aktionäre und Aufsichtsräte! Im Jahre 1912 erzielten die 45 Lebensversicherungsgesellschaften einen Gesamtüberschuß von 175908281 Mk., davon entfallen auf die 26 Aktiengesellschaften 103992003 Mk., auf die 19 Gegenseitigkeitsgesellschaften 71916278 Mk. Von diesem Überschuß erhielten die Aktionäre 9200653 Mk., die Aufsichtsräte an Tantiemen 3863265 Mk., die Kapital- und andre Reserven 9051159 Mk. An ihre Aktionäre zahlten z. B. die „Thuringia" (Erfurt) 1200000 Mk., die „Wilhelma" (Magdeburg) 1050000 Mk., die „Viktoria" (Berlin) 900000 Mk., die Bayrische Versicherungsbank 850000 Mk., die „Providentia" (Frankfurt) 700000 Mk., die „Friedrich-Wilhelm" 570360 Mk., „Nordstern" (Berlin) 471564 Mk., die „Germania" (Stettin) 432000 Mk. Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand zahlten: „Viktoria" 870825 Mk., „Nordstern" (Berlin) 324131 Mk., „Friedrich-Wilhelm" 250139 Mk., „Thuringia" (Erfurt) 199155 Mk., „Wilhelma" (Magdeburg) 151617 Mk., „Providentia" (Frankfurt) 143524 Mk. Da die „Volksfürsorge" ihr Aktienkapital nur mit 4 Proz. verzinst, Dividende und Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat nicht bezahlt, kommen bei ihr alle Überschüsse restlos den Versicherten zugute.

Wie Bergleute sterben. Das furchtbare Schachtunglück auf Grube „Universal" in Südwales lenkt die Augen der Mitwelt wiederum auf die Gefahren der Bergarbeit. Wenn mit einem Schlage Hunderte von Knappen fern vom Tageslichte den Tod erleiden, dann regt sich in den Herzen von Millionen trauerndes Mitgefühl. Die Namen Courrieres, „Radbod", „Lothringen", Cardiff bilden aber nur die bekanntesten Stationen auf dem opfervollen Leidenswege der Bergarbeiter. In Wahrheit spielen die großen Massenunglücke im Vergleiche zur Größe der Gesamtopfer nur eine geringe Rolle. Die Arbeit der Bergleute ist noch weit gefährlicher und die Zahl ihrer Toten viel größer, als dem Fernstehenden scheinen will, der nur die großen Katastrophen als Maßstab benutzt. Das mag befremden, und doch verhält es sich so. In Deutschland sind 2028 Bergleute im Jahre 1912 tödlich verunglückt. Davon sind 187 bei den Massenunfällen auf „Lothringen", „Achenbach", „Oberhausen" und Lithandragrube ums Leben gekommen. Die andern 1841 fielen Einzelunfällen zum Opfer — durchschnittlich starben jeden Tag sechs Bergleute eines gewaltsamen Todes. Hier einer, dort zwei oder drei. Das gibt kein großes Aufsehen; nur die Lokalblätter des Reviers berichten in zwei, drei Zeilen, daß wieder einer in der Grube erschlagen, zerquetscht oder zerrissen wurde. Und auch das nicht immer — oft erfährt es weiter niemand als die Kameraden, die den verstümmelten Körper zutage schaffen, und die Angehörigen, denen der Ernährer genommen wurde. Auf welche Weise die Bergarbeiter ums Leben kommen, gibt die Unfallstatistik an. Stein- und Kohlenfall ist die häufigste Unfallursache, nach ihr kommen die Gefahren bei der Förderung, bei der Sprengarbeit und an letzter Stelle Explosionen und giftige Gase. Seit die Knappschaftsberufsgenossenschaft besteht, also seit 1886, sind 31766 deutsche Bergleute bei der Arbeit getötet worden. Rafft eine Schlagwetterexplosion wieder einmal einen ganzen Trupp hinweg, so daß sich die Öffentlichkeit mit dem Falle befaßt, dann wird von der Unternehmerpresse jedesmal das blinde Fatum für die Schuld haftbar gemacht, wenn sie es nicht vorzieht, die Unvorsichtigkeit der Arbeiter als Schuld zu bezeichnen. Zum Teil gelingt ihr das auch nach außen hin, denn die Nächstbeteiligten sind tot und die amtliche Untersuchung findet keine schuldhaften Verstöße der Grubenleitung. Da kann mit einem Scheine von Recht behauptet werden, daß unglückliche Zufälle die Ansammlung der Schlagwetter und ihre Entzündung herbeigeführt hätten. Wahr ist es trotzdem nicht, oder wenigstens nicht immer. Würde der Bergbau betrieben nach den Grundsätzen einer vernünftigen Wirtschaftsweise und unter Einhaltung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln, dann wäre sicher manche Explosion vermieden worden. Weil aber der Bergbau vom Grubenkapital in krassester Ausbeutung betrieben wird, deshalb wird für so viele Arbeiter die Grube zur Totengruft. Mit niedrigen Gedingelöhnen werden sie zur äußersten Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit getrieben, worunter natürlich die Achtsamkeit und Vorsicht leiden muß.

Folgen des belgischen Generalstreiks. Der belgische Generalstreik, vor dessen Ausbruch angeblich auch die Industriellen versprachen, in ihrer Mehrzahl auf seiten der Arbeiter stehen zu wollen, hat für die Gewerkschaften eine Zeit der bittersten Kämpfe im Gefolge. Kaum war er beendet, da kam der wohlvorbereitete Angriff der Unternehmerorganisationen — gewöhnlich im Bunde mit christlichen Gewerkschaftlern — auf die bestfundierten belgischen Gewerkschaften. Es war den Unternehmern darum zu tun, die kollektiven Arbeitsverträge los zu werden. Zu diesem Zweck erfolgte eine Reihe von Aussperrungen, die nur zum Teil zugunsten der Arbeiter ausliefen. So mußten soeben die seit vollen vier Monaten ausgesperrten Arbeiter der Brüsseler Wagen- und Automobilindustrie den Kampf aufgeben und die Bedingungen der Unternehmer akzeptieren, obwohl sie von der Gesamtarbeiterschaft in der prächtigsten Weise unterstützt worden waren. Dabei galt ihre Gewerkschaft als eine der stärksten des Landes. Der Metallarbeiterverband und andre Gewerkschaften, die obendrein erhebliche Mitgliederverluste erlitten, müssen heute noch Mitglieder unterstützen, die infolge des Generalstreiks

im Frühjahre gemaßregelt wurden. Gewiß werden sie auch diese Schwierigkeiten überwinden, aber nach Ansicht der Unternehmer sind die Gewerkschaften gerade zurzeit am meisten geschwächt. Daher ihr unerhört provokatorisches Vorgehen gegen organisierte Arbeiter. Und auch die Regierung schickt sich an, den Winken der Unternehmer und der christlichen, oder, wie sie dort mit Recht heißen, der gelben Gewerkschaften nachzukommen. Sie hat durch den Industrieminister der Kammer einen Gesetzentwurf zur Erdrosselung des Streik- und Koalitionsrechtes vorgelegt, der in der nächsten Zeit zu heftigen Kämpfen zwischen den Parteien führen dürfte. Nach dem Entwurfe soll der König für jede Provinz eine „Kommission der Arbeitsstreitigkeiten" einsetzen, die aus dem vom König ernannten Vorsitzenden und vier Beisitzern besteht. Auch zwei der Beisitzer sind durch den König zu ernennen, je einer dagegen durch die Unternehmer- bzw. Arbeiterbeiräte des betreffenden Bezirks. In gleicher Weise soll eine „Zentralkommission der Arbeitsstreitigkeiten" zusammengesetzt werden, der solche Konflikte, an denen mindestens 300 Arbeiter beteiligt sind und die in der „ersten Instanz" nicht erledigt wurden, vorgelegt werden können. Dem durch Unternehmer oder Arbeiter gestellten Verlangen auf Verhandlung vor der Kommission muß auch der andre Teil zustimmen. Die Arbeiter können sich, wenn ihre Zahl 15 übersteigt, durch Delegierte vertreten lassen. Die Kommission hat eine Einigung zu versuchen, doch kann jeder der Arbeiterdelegierten verlangen, daß das Ergebnis den beteiligten Arbeitern zur Urabstimmung vorgelegt werde. Dasselbe kann die Minorität der Delegierten verlangen, wenn nur sie mit dem Unternehmer einig wurde und wenn sie mindestens ein Viertel der Delegierten vertritt. Erfolgt die Einigung nicht, so kann die Kommission mit Zustimmung beider Parteien, eventuell nach besonderer Urabstimmung der Arbeiter, als Schiedsgericht fungieren. Bei Streiks und Aussperrungen darf die Kommission das Schiedsgerichtsamt erst nach Wiederaufnahme der Arbeit übernehmen. Schiedssprüche sind noch innerhalb desselben Monats zu fällen. Wenn die Parteien sich weder einigen noch einem Schiedsspruche zustimmen, so hat die Kommission ein „begründetes Urteil" über die Streitpunkte, beiderseitigen Schuldfragen usw. abzugeben und zugleich zu bestimmen, für welche Zeit dieses Urteil in Kraft sein soll. Der Teil, gegen den sich das Urteil richtet, kann innerhalb drei Tagen Berufung einlegen an die gedachte Zentralkommission, vorausgesetzt, daß 300 Arbeiter an dem Konflikte beteiligt sind. Die Kommission tritt in regelmäßigen Zwischenräumen zusammen, versammelt sich aber sofort: 1. auf Antrag der Parteien, wenn der Vorsitzende die Dringlichkeit anerkennt; 2. im Falle von Streik oder Aussperrung. Im letzteren Falle soll also anscheinend ein Antrag der Parteien gar nicht nötig sein. Danach würde die Kommission also bei allen Arbeitsniederlegungen ohne weiteres in Funktion treten. Der schlimmste Teil des Gesetzes aber folgt noch: Mit Geldstrafen von 25 bis 500 Fr. wird bedroht jeder, der an Streik oder Aussperrung beteiligte Arbeiter oder Unternehmer durch Gaben, Darlehen oder Vorschüsse unterstützt, solange sie sich weigern, ihren Streikfall der Kommission vorzulegen oder in allen Punkten dem Einigungsverfahren zuzustimmen, oder solche, gegen die die Kommission ein „begründetes Urteil" abgegeben hat. Wenn diese Unterstützung durch ein Komitee oder eine Organisation geschah, so sind alle daran Beteiligten zu bestrafen. Ferner dürfen ihnen aus öffentlichen Mitteln keinerlei Zuwendungen mehr gemacht werden. Eine Ausnahme sollen Kaufleute und „wohltätige Personen" bilden, die einzelne oder mehrere Arbeiter direkt unterstützen bzw. ihnen Kredit geben. Dadurch soll den christlichen Gewerkschaften, deren geistliche Leiter sicher allein als „wohltätige Personen" angesehen werden dürften, offensichtlich ein Hinterkürchen geöffnet werden. Übrigens hat ihr Leiter, der Pater Rutten, dem Entwurfe bereits zugestimmt. Allerdings sollen auch die Gewerkschaften zu diesen Ausnahmen gehören, wenn sie: 1. in Belgien ihren Sitz haben; 2. nur aus Angehörigen derselben oder verwandter Industrien, in denen dieselben Erzeugnisse hergestellt werden, bestehen; 3. alljährlich dem Ministerium der Industrie und Arbeit Bericht über Mitgliederzahl, ihre Verteilung nach Berufen und über die Leitung geben. Der Bericht muß genau die Personalien aller Vorstandsmitglieder sowie Angaben über die im letzten Jahre geführten oder unterstützten Streiks und Aussperrungen enthalten. Wenn es sich bei dem Konflikte nur um Lohn- oder Arbeitszeitfragen handelt, so sollen Unternehmer und Arbeiter desselben Ortes und desselben Berufs ebenfalls zu den erwähnten Ausnahmen gehören. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften diesem Ausnahmegesetze den schärfsten Kampf ansagen. Am 8. Oktober hat schon eine besondere Konferenz der belgischen Gewerkschaftskommission zu dem Entwurfe Stellung genommen und ihre Taktik beraten. Sie ist überzeugt, daß es bei dem heutigen Stande der belgischen Arbeiterbewegung glücklicherweise doch nicht mehr möglich sein wird, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter einfach illusorisch zu machen.

Briefkasten.

J. Th. in K.: Besten Dank für Orientierung. Baldige Genesung! — M. Schw. in Oppeln: Ihre unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes an uns eingesandte Berichtigung entspricht in keiner Weise den gesetzlichen Voraussetzungen. Wir lehnen ihre Aufnahme daher ab. — F. K. in Nürnberg: 1,85 Mk. — Gg. W. in Neisse: 3,95 Mk. — C. G. in K.: Freundl. Dank. — O. K. in B.: Wird gelegentlich mitgebracht. — O. S. in M.: Wenn kurz und bündig, ja. — E. P. in W.: Anregung sofort weitergegeben. Genannte Broschüre wurde nicht versandt, da mehr vertraulicher Natur. Frdl. Gruß! — W. B. in K.: Freuen uns, daß Sie durch unsern Rat zum Ziele gelangten. Obwohl die Verleihung in der Regel kostenlos erfolgt, bleibt es der Behörde unbenommen, Stempel- oder Zustellungsgebühren zu erheben, wie es bei Ihnen anscheinend der Fall.

□□□□ Verbandsnachrichten □□□□

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Die Druckerei der in deutscher Sprache erscheinenden „Pariser Zeitung" in Paris ist wegen eines ausgebrochenen Konfliktes gesperrt.

Berlin. **Der Verbandsvorstand.**

Bekanntmachung.

Das Internationale Sekretariat bittet Kenntnis davon zu nehmen, daß die Mitglieder des ungarischen Verbandes schon nach Leistung von sechs Beiträgen zur Reiseunterstützung berechtigt sind, wenn sie binnen 26 Wochen nach dem Auslernen dem Verbande beigetreten sind. Später Beitretende (Mitglieder der II. Klasse) haben erst nach Leistung von 13 Beiträgen Anrecht auf Reiseunterstützung. Ferner ist die Karenz von 104 Wochenbeiträgen zum Bezuge der Ortsunterstützung für die Mitglieder der II. Klasse in Fortfall gekommen. Diese Bestimmungen sind den Mitgliedern des ungarischen Verbandes gegenüber auch in Deutschland zu beachten.

Bei Neuausfertigung von Quittungsbüchern für die deutschen Mitglieder sind nicht nur die in Deutschland, sondern auch die in Österreich und Ungarn bezogenen Unterstützungstage vorzutragen, damit bei der Zureise von deutschen Mitgliedern in Österreich und Ungarn die dortigen Funktionäre sofort erkennen können, ob und wie lange das betreffende Mitglied noch zum Bezuge von Unterstützung berechtigt ist.

Zum Schlusse machen wir erneut darauf aufmerksam, daß allen Mitgliedern, die sich nach dem Ausland abmelden, die internationale (rote) Stempelmarke auf die Titelseite ihres Quittungsbuchs einzukleben ist.

Die Hauptverwaltung.

Leipzig. Um Mitteilung des Aufenthalts des Druckers Fritz Kissig, geboren in Leipzig-Neustadt am 22. Februar 1882, ausgelernt in Leipzig am 1. Oktober 1900, ersucht der Gauvorsteher Karl Engelbrecht, Brüderstraße 9. Sollte sich K. auf der Reise befinden, so ist demselben Buch nebst Legitimation abzunehmen und an die Leipziger Gauverwaltung einzusenden.

Adressenveränderungen.

Hannover. Gauvorsitzender: Gustav Pfingsten, Emilienstraße 3.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

In Aachen der Korrektor Robert Piltz, geb. in Hötensleben 1894, ausgel. das. 1911; war schon Mitglied. — In Koslar bei Jülich die Drucker 1. Karl Schmitz, geb. in Rheydt 1868, ausgel. in Düsseldorf 1887; 2. Heinrich Hennen, geb. in Odenkirchen 1889, ausgel. in Rheydt 1907; waren schon Mitglieder. — Andreas Wilms in Aachen, Adalbertstraße 55.

In Altrahlstedt der Setzer Walter Boldt, geb. in Hamburg 1894, ausgel. in Wandsbek 1913; war schon Mitglied. — Karl Kahlert in Neumünster, Kieler Straße 90.

In Osterwieck a. H. der Setzer Ernst Schinkel, geb. in Wernigerode 1891, ausgel. das. 1909; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kl. Klausstraße 7 I.

In Swinemünde der Drucker Gustav Rößler, geb. in Paunsdorf bei Leipzig 1884, ausgel. in Leipzig 1903; war schon Mitglied. — A. Felgenhauer in Stralsund, Baumschulenstraße 2 II.

In Wald die Setzer 1. Otto Bleich, geb. in Gniewkowitz (Posen) 1874, ausgel. in Hohensalza 1892; war schon Mitglied; 2. Albert Matz, geb. in Schmiedeberg (Böhmen) 1895, ausgel. das. 1913; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Marschall in Elberfeld, Obere Eschenbeek.

Versammlungskalender.

Aachen. Bezirksversammlung Sonntag, den 26. November, in Eschweiler. Anträge bis 9. November an den Vorsitzenden.

Augsburg. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im „Wurstgarten".

Breslau. Korrektorenversammlung Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 1 Uhr, in „Stadt Leipzig", Ursulinerstraße.

Duisburg. Allgemeine Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, dem 26. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Menke, Klosterstraße.

Emden. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, im „Deutschen Hause", Neuer Markt 12.

Hamburg. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Eingang linker Torweg.

Mühlhausen i. Th. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale.

München. Maschinensetzerversammlung (Oberbayern) Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im „Postgarten", Zweibrückenstraße 8.

Oberstein. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr, beim Wirte Raber in Oberstein.

Plauen i. V. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause „Schillergarten" (obere Räume).

Potsdam-Nowawesberg. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Friedrichsgarten" (Charlottenhof).

Schleswig. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr, im Restaurant Timmke.

Werdau. Versammlung Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokale.

Wiesbaden. Versammlung Montag, den 27. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshause".

Zeitz. Maschinenmeisterversammlung Montag, den 27. Oktober.

Illustrations- und Farbendrucker

für kleine Schnellpresse mit Bogenanleger per 3. November gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an 563] **Julius Mäser, Leipzig.**

Lohnender Nebenverdienst

Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdruckerei [456

strebsamen Vertreter

für Ahlen, Pinzetten usw. bei sehr hoher Provision. Kollege H. Mathaeus, Dessau, Postfach.

Tüchtiger

Maschinenmeister

nach Leipzig für Illustrations- und Farbendruck an Rockstroh & Schneidersche Spezialmaschine zu sofortigem Antritte gesucht. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter C. C. 569 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stereotypeur

für Rund und Flach, mit sämtlichen Arbeiten vertraut, sucht für sofort dauernde Stellung. Angebote unter Nr. 566 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verbandsabzeichen in Emaille 60 Pf. und 1 Mk., Wappennadeln, Weinzipfel u. Uhrbänder, Manschettenknöpfe, fünffarbige Vereinszeichen empfiehlt [157 **H. Siegl, München 2, Holzstraße 7.** Katalog gratis.

Graphische Vereinigung Dresden

Freitag, dem 24. Oktober, abends 8½ Uhr, Versammlung im Vereinslokale „Kaulbachhof", Kaulbachstr. 23. Tagesordnung: 1. Besprechung der ausgestellten Drucksachen; 2. Diskussion über Fragen aus der Praxis; 3. Verschiedenes. [569

Mitte dieser Woche erscheint das [559

Saisonheft

der „Typographischen Jahrbücher". Dasselbe enthält etwa 50 Kunstbeilagen, welche für jeden Buchdrucker von großem Interesse sein dürften. Der Preis beträgt bei Einzelbezug 2 Mk., bei Aufgabe eines Jahresabonnements nur 60 Pf.

Verlag der „Typographischen Jahrbücher", Leipzig.

Buchdruckkalkulation, Papierkunde, Fachlehre, Deutsch u. Rechnen. Prospekt kostenl. **Graph. Bureau, Abteilung f. Fernkurse, Berlin SO 36.**

Maschinenmeister Ernst Merk

früher in Kulmbach und Nürnberg, sende Adresse an **Georg Drechsler, Dresden-A., Schützenplatz 8** (bei Karl Clermont). [565

Ahlen und Pinzetten, Werkzeuge für Tonblusen empfiehlt **H. Siegl, München 2, Holzstraße 7.** Katalog gratis. [9

200 Reklameinseratenvorlagen 2 Mk. Nachn. **F. W. Kramer, Essen, Virgilastraße 13.**

Am 17. Oktober, vormittags 11¼ Uhr, verschied nach längerem Leiden unser werter Bezirkskollege, der Drucker [560

Richard Patscheke

aus Brieg, im 49. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Der Bezirk Neisse.

Am 17. Oktober gegen Mittag verschied unser lieber Kollege, der Drucker [561

Richard Patscheke

aus Brieg, im 49. Lebensjahre, nach längerer Krankheit.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverein Neisse.

Am 17. Oktober verschied nach längerer Krankheit der Setzerinvalide [558

Johann Nagel

aus Erlangen, im 80. Lebensjahre. Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Todesanzeige

Am 18. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser werter Mitglied, der Schriftgießer [562

Johannes Dörks

aus Danzig, im Alter von 35 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Nach langem, schwerem Leiden verschied unser lieber Kollege, der Schriftgießer

Johannes Dörks

im Alter von 35 Jahren. [564

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Vereinigung der Schriftgießer, Stereotypeure und Galvanoplastiker Bezirk Köln.

Am 18. Oktober verstarb unser inaktives Mitglied, der Schriftgießer

Johannes Dörks

nach langer Krankheit im Alter von 35 Jahren. [567

Ehre seinem Andenken!

Gesangsabteilung „Typographia", Köln.

Verleger: Emil Döblin in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.